

Die Bürgerlichen sind zum Abschuß bereit. Selbst die CSU-Thronfolge in Bayern gerät ins Wanken. Angesichts einer Katastrophenmeldung nach der anderen und nicht abreißender Skandale müßte dies eine ausgezeichnete Chance für die Opposition sein.

Torsten Sting, Siegen, IG-Metall-Mitglied

Die SPD will nach eigenen Angaben „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zu den Hauptthemen machen. Das ist gut. Weniger gut ist, daß Scharping nichts vom Kohlschen Kahlschlag rückgängig machen will. Das Einzige, was Scharping und seiner Führungscrew wichtig erscheint, ist, sich möglichst nicht von der jetzigen Koalition zu unterscheiden. Damit riskieren sie Kohls Wiederwahl – im Zweifelsfall wählen viele lieber das Original als das Abziehbild.

SPD: „Harter Sparkurs“

Das SPD-Regierungsprogramm läßt erkennen, wohin die Reise nach einem Wahlsieg gehen soll. Statt Schmarotzern wie dem Immobilienhai Schneider und dessen Helfershelfern, den milliardenschweren Banken und Konzernen an den Kragen zu gehen, kündigen Scharping und Lafontaine einen „harten Sparkurs“ an. Was das bedeutet, zeigt der Sozialabbau auch in SPD-regierten Kommunen.

Dem Kohlschen „Solidarzuschlag“ von 7,5 Prozent der Lohnsteuer für alle setzt die SPD die „Ergänzungsabgabe für Besserverdienende“ entgegen, die nach eiligen Korrekturen zwar nicht sehr viele Facharbeiter belastet, aber die Reichen unangetastet läßt.

Anstatt Unternehmern und Spekulanten, die jährlich 130 Milliarden DM an Steuern hinterziehen, an die Kette zu legen, hat auch die SPD-Führung der Pflegeversicherung zugestimmt, die gänzlich die ArbeitnehmerInnen bezahlen.

Statt mit der Verstaatlichung der Konzerne, Versicherungen und Banken zusätzlich hunderte von Milliarden DM einzunehmen und diese für neue Arbeitsplätze, Wohnungen, Kindertagesstätten, öffentlichen Nahverkehr und Umweltmaßnahmen einzusetzen, verkauft „Finanzexperte“ Lafontaine Kür-

GIB KOHL KEINE CHANCE

zungen als soziale Gerechtigkeit.

Mit Hilfe der SPD wird die Post ebenso wie die Bundesbahn den Konzernen zum profitablen Ausschachten vorgeworfen.

Damit ist sie mitschuldig an Massenentlassungen und Perspektivlosigkeit von Tausenden Jugendlichen, die nicht übernommen werden. Die SPD-Spitze ist nicht bereit, sich mit den Kapitalisten anzulegen. Dafür sind die S-Klassen-Genossen viel zu zufrieden in diesem System, haben ihre eigene soziale Frage gelöst.

CDU/CSU/FDP abwählen

Wir rufen dazu auf, Kohl und seine Statthalter in den Ländern, Gemeinden

und im Europaparlament abzuwählen. Wir rufen auf, die PDS oder die SPD zu wählen.

Wir wollen Kohl in die Rente, die Wüste oder sonstwohin schicken. Aber Scharping darf keinen Freibrief bekommen. Wir werden eine Wende einklagen. Veränderungen können nur durch entsprechenden Druck von unten durchgesetzt werden. Wir müssen eine SPD-geführte Regierung daran erinnern, daß sie sich die „Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit“ zum Ziel gesetzt hat.

Wir müssen uns darauf vorbereiten, auch unter einer SPD-Regierung für die Abwehr des sozialen Kahlschlags und für jede noch so bescheidene Reform hart zu kämpfen.

Wählen allein reicht nicht aus. Es ist notwendig, eine Organisation aufzubauen, welche die Interessen der ArbeiterInnen konsequent vertritt und ein so-

zialistisches Programm vertritt. Dafür steht die *Sozialistische Alternative VORAN*.

Mach mit bei der Sozialistischen Alternative VORAN!

Auf einer Konferenz in Frankfurt/Main wurde die Gründung einer neuen, unabhängigen Organisation, der Sozialistischen Alternative VORAN – SAV, beschlossen.

Die SAV steht für Gegenwehr, Solidarität und Sozialismus. Sie ist ein Angebot an alle, die sich gegen sozialen Kahlschlag und Lohnraub, gegen Neonazis und Umweltzerstörung wehren wollen.

Die SAV sagt: Wir können nicht warten, bis die Führer von SPD oder Gewerkschaften erkannt haben, daß die Zeit reif ist zur Gegenwehr. Wir müssen heute für unsere Zukunft kämpfen.

Artikel über die Gründungskonferenz, unser Programm und die bisherige Aktivität von VORAN auf den Seiten 6-9.



„Zum Leben zu wenig ...“

Die Löhne sind zu hoch? Wie schnell Facharbeiter in Großstädten auf dem Sozialamt landen, zeigt dieser Bericht einer Leserin aus Köln.

„Heute morgen ging ich zum Bezirksrathaus, um Wohngeld zu beantragen. Aber nein doch, wurde mir gesagt, mein Mann verdient viel zu viel (Metall-Facharbeiter, 20 Berufsjahre, 2 Kinder)! Als ich der Sachbearbeiterin erklärte, daß die Miete für die größere Wohnung gut ein Drittel unseres Netto-Familien-einkommens verschlingt und wir

Schwierigkeiten hätten, die anderen Ausgaben zu bewältigen, schlug sie vor, beim Sozialamt nachzufragen.

Dabei rechnete sie mir vor, daß uns als vierköpfiger Familie haargenau derselbe Betrag an Sozialhilfe zustünde, den mein Mann netto verdient! Mit anderen Worten, er arbeitet für den Sozialhilfesatz. Ich war ziemlich geschockt.

Die Klagen der Metallarbeiter liegen mir noch in Ohren: Standort Deutschland zu teuer, die Arbeitnehmer müssen beim Lohn Abstriche machen etc. Wir

aber – zusammen mit einer großen Schicht ähnlich gestellten Facharbeiterfamilien – fallen genau ins Loch. Wir verdienen zu viel, als daß wir Anspruch auf staatliche Hilfeleistungen hätten, aber zu wenig, um davon die teuren Mieten und die sonstigen Lebenshaltungskosten bestreiten zu können. Und überhaupt: Welche Motivation hat ein Arbeiter, wenn er weiß, daß er mit Sozialhilfe nicht schlechter dastünde?

Zwei Dinge sind klar: Wir brauchen eine Gewerkschaft, die bereit ist, für Löhne zu kämpfen,

von denen wir wirklich leben können. Nach der Erfahrung von heute sehe ich den Metall-Tarifabschluß viel kritischer und ich frage mich, ob Herr Zwickel (IG-Metall-Chef) und Kollegen etwa nicht wissen, wie hoch die Mieten sind.

Und zweitens müssen bei den Mieten einkommensabhängige Grenzen festgelegt werden, so daß niemand – ob alleinstehend oder mit Familie – mehr als 20 Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Wohnung ausgeben muß.

Frankreich

Jugendproteste verhindern Billiglohn



Auch Knüppel-Einsätze der Polizei konnten die Proteste nicht unterdrücken

Die konservative Regierung Balladur hat auch in der Frage des Billiglohns für Jugendliche den massiven Protesten nachgegeben. Dies ist ein weiterer Sieg für die französischen ArbeiterInnen, nachdem schon die reaktionären Schulgesetze und Entlassungen im öffentlichen Dienst abgewendet werden konnten.

Martin Gertenbach, Kassel

Bei den Parlamentswahlen im März 1993 erhielten die rechten Parteien UDF und RPR eine große Mehrheit an Sitzen im Parlament. Die Bürgerlichen feierten dies als Beginn einer neuen konservativen Epoche.

Im April 93 protestierten jugendliche Einwanderer gegen die Hoffnungslosigkeit ihrer Situation. Bei über 3 Millionen Arbeitslosen und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 Prozent haben sie kaum eine Chance, Arbeit zu bekommen. Im Herbst letzten Jahres soll-

ten bei der Air France Privatisierungen und Arbeitsplatz-Abbau durchgeführt werden. Die Beschäftigten der Air France antworteten mit einem Streik, der den gesamten Luftverkehr zum Erliegen brachte und lieferten sich auf den Flugfeldern Schlachten mit der Bereitschaftspolizei, die den Streik niederschlagen sollte. Die Pläne der Regierung konnten abgewehrt werden.

Im November protestierten in Paris die Beschäftigten von Staatsbetrieben Kahlschlagpolitik Balladurs. Die Regierung mußte einen Rückzieher machen, genau wie Anfang dieses Jahres, als bretonische Fischer gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze kämpften.

Im Januar 94 startete die Regierung einen neuen Angriff. Private Schulen sollten staatliche Finanzhilfen erhalten, die den staatlichen Schulen fehlen würden. Über eine Million Schüler, Lehrer und Gewerkschafter demonstrierten gegen

dieses Vorhaben, woraufhin die Regierung ihr Vorhaben aufgab.

Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im März, als ein Plan der Regierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit Gesetzeskraft erlangen sollte. Jugendliche Berufsanfänger sollten nur 80 Prozent des gesetzlich festgelegten Mindesteinkommens (SMIC) erhalten, ungefähr 1100 DM. In allen größeren Städten Frankreichs gingen Zehntausende auf die Straße, um gegen den Lohnklaus zu protestieren. An Schulen und Unis wurde gestreikt.

Gegen Billig-Löhne

„Papa ich habe einen Job gefunden, es ist Deiner“ hieß es auf Transparenten, um deutlich zu machen, daß das neue Gesetz zu einer Verdrängung von älteren Beschäftigten führen wird.

Balladur versuchte die Bewegung mit einem faulen Kompromiß zu bremsen. Er änderte das Gesetz. Der Niedriglohn für Ju-

gendliche, die nach dem Abitur eine 2jährige Ausbildung absolviert haben, soll sich auf 80 Prozent des Tariflohns und nicht des Mindestlohns beziehen.

Ende März setzt die Regierung das gerade erlassene Gesetz vorläufig aus. Balladur versucht die Führer der Protestbewegung in einen „Dialog“ zu bringen, den er bis zum Sommer in die Zeit der Schul- und Uniprüfungen ziehen will, um die Kampfkraft der Jugendlichen zu schwächen.

Kämpfen lohnt sich

Die Kämpfe in Frankreich zeigen, daß es möglich ist, die Angriffe von Staat und Unternehmern zurückzuschlagen. Ein Jahr nach dem Erdrutschsieg der bürgerlichen Parteien sind diese völlig in der Defensive. Regierung und Kapital sind nicht allmächtig. Sie können zwar isolierte Bewegungen abwürgen, wenn aber alle Betroffenen gemeinsam kämpfen, schwindet ihre Macht und sie müssen Rückzieher und Zugeständnisse machen.

Die Wut der Jugendlichen und Arbeiter hat trotz der Schwäche der Gewerkschaften und der Linken in Frankreich ausgereicht, diese Kämpfe zu führen. Um allerdings die Angriffe auf Dauer zurückzuschlagen und die Macht der Unternehmer zu brechen, wird eine konsequente Führung benötigt, die den Widerstand zusammenführt und Alternativen anbietet. Das zeigt das Beispiel von Air France. Nachdem die KollegInnen dort im letzten Herbst Entlassungen und Lohnsenkungen zurückgeschlagen haben, haben sich jetzt 83 Prozent von ihnen für Entlassungen ausgesprochen – angeblich ist das der einzige Weg, das Unternehmen zu sanieren.

Unsere französischen GenossInnen von der Gauche Revolutionnaire (Revolutionäre Linke) kämpfen dagegen, daß die kapitalistische Konkurrenz auf dem Rücken der ArbeiterInnen getragen wird. Für die Krise bei Air France und jedem anderen Unternehmen sollen die Reichen bezahlen.

Kindertagesstätten

Gegen Kürzungen!

Die Kommunen sind pleite. Sie gleichen die Einnahmeausfälle durch Kürzungen und Gebührenerhöhungen aus. In Stuttgart ist jahrelang Geld für teure Prestigeprojekte verschwendet worden. Jetzt muß gespart werden, sagt die Stadt – bei den Schwächsten der Gesellschaft, den Kindern. Nach den Sommerferien 93 hat der Gemeinderat mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit beschlossen: 27 Erzieherinnen-Stellen sollen gestrichen werden (Ersparnis 1,1 Millionen DM), an 48 Kindertagesstätten soll es keine Nachmittagsbetreuung mehr geben.

Als im Januar die Nachricht in die betroffenen Einrichtungen ging, waren die Eltern fassungslos, denn bis dahin herrschte das Verdrängungsprinzip: uns wird es ja hoffentlich nicht treffen. Pech gehabt.

Die Eltern unseres Kindergartens hatten ein unheimliche Wut und so organisierten sie einen Besuch beim Bezirksbeirat im Stadtteil, um die Situation des Kindergartens zu verdeutlichen. Beim zweiten Besuch ließen die Eltern einen Antrag abstimmen, der Gemeinderat möge unseren Kindergarten verschonen. Das geschah auch in den anderen Stadtteilen.

Weiter verfaßten die Eltern stadtweit Protestbriefe ans Jugendamt und Presseerklärungen,



Bundesweit fehlen 600 000 Plätze in Kindertagesstätten

die jeweils auch an die Fraktionen des Gemeinderats gingen. Demos wurden gleichzeitig in verschiedenen Stadtteilen organisiert und in der Presse gab es ein gutes Echo.

Bei Gemeinderatssitzungen, in denen Kindergarten und Kürzungen auf der Tagesordnung standen, waren die Besucherränge immer voll mit protestierenden Eltern und ihren Kindern. Innerhalb weniger Tage wurden Tausende von Unterschriften gegen Kürzungen gesammelt und vor deren Übergabe das Rathaus umzingelt.

Weder der Gemeinderat noch das Jugendamt hatten mit so massiver Gegenwehr gerechnet. Mit ihren Aktionen konnten die Eltern zwar das Sparziel nicht insgesamt verhindern, aber es wurde in zwei Schritten erst von 48 auf 38 und dann auf 22 betroffene Kindergärten reduziert. Das war zumindest ein Teilerfolg.

Monika Stark, Stuttgart

unser standpunkt

Krise in Europa

Bürgerkrieg auf dem Balkan, brennende Autos in Frankreich, in Italien regieren die Neofaschisten mit. In den zwölf Staaten der Europäischen Union sind fast 20 Millionen arbeitslos.

Vollbeschäftigung – ein Begriff aus ferner Vergangenheit, ebenso Wirtschaftswachstum, Stabilität. Das hochgelobte schwedische „Sozialstaatsmodell“ antwortet auf die Krise mit den gleichen Mitteln wie Britannien und Deutschland: Kürzungen im Sozialbereich, Erhöhung der Steuern, die von den Arbeitnehmern bezahlt werden.

Dabei wird die „Angleichung auf einen europäischen Standard“ als Argument benutzt, um Löhne, Sozialleistungen und Umweltvorschriften auf den jeweils niedrigsten Stand zu drücken.

In vielen Ländern – auch den Wohlhabendsten – wehren sich die Menschen gegen die Angriffe „ihrer“ Regierung, „ihrer“ Unternehmer. Den Jugendlichen in Frankreich ist mit eindrucksvollen Massendemonstrationen gelungen, die Senkung des Mindestlohnes um 20 Prozent zu verhindern. In Spanien haben sich die Arbeitnehmer mit einem 24-stündigen Generalstreik gegen Sozialkürzungen gewehrt.

Die Europäische Union ist in vielen zentralen Fragen zerstritten. Das Parlament, welches wir am 12. Juni wählen, ist kein demokratisches Gremium, durch das die arbeitende Bevölkerung ihre Interessen durchsetzen könnte. Für viele Abgeordnete löst es lediglich ihre „eigene soziale Frage“.

Trotzdem kann auch bei der Europawahl ein Zeichen gesetzt werden, daß rechte Regierungen wie die Kohl-Regierung abzutreten haben. Eine Stärkung der linken Parteien im Europa-Parlament wäre ein Hilfsmittel im Kampf um die Verteidigung sozialer Standards.

In Schottland kandidiert ein Genosse unserer Schwesterorganisation *Militant Labour* für das Europa-Parlament. In Deutschland kandidiert keine entschlossene sozialistische Kraft. Wir rufen daher auf, PDS oder SPD zu wählen, um die Linke zu stärken, Kohls Abgang einzuläutern und die Faschisten draußen zu halten, die das Europa-Parlament für ihre rassistische Hetze benutzen und über die großzügig fließenden Gelder ihre Organisationen finanzieren.

Die Interessen der jeweiligen nationalen Konzerne stehen einem vereinten Europa im Weg. Diese Konzerne rivalisieren auf dem Welt- und dem europäischen Markt. Alle Schritte zur europäischen Vereinigung, die trotzdem durchgesetzt werden, gehen zu Lasten der Arbeitnehmer und dienen dem Aufbau der „Festung“ Europa gegen den Rest der Welt. Wir lehnen deshalb die Maastrichter Verträge ab. Wir stehen gegen das Europa der Konzerne, des Sozialabbaus und der Umweltverschmutzungen. Wir kämpfen für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa.

Die Konzerne sind europaweit aktiv. Wir müssen ihnen jetzt Paroli bieten – europaweit. Die Gewerkschaften müssen internationale Verbindungen knüpfen, arbeitsfähige Strukturen schaffen, Informationsaustausch gewährleisten und Widerstand organisieren.

Eine internationale Vernetzung von Demonstrationen und Streiks kann der Auftakt für eine sozialistische Opposition in ganz Europa sein.

„Spart Euch Eure Politik, nicht unsere Bildung!“

In Hamburg demonstrierten am 27. April 50 000 Schülerinnen und LehrerInnen gegen Bildungsabbau. Es war die größte Demo seit Jahren.

Kim, Lübeck

Die Schüler protestierten gegen die Politik der Bildungsministerin Raab, die die bundesweite Kürzungspolitik fortsetzt. Die geplanten und zum Teil schon beschlossenen Kürzungen umfassen die Verkürzung der Ferien, Arbeitszeitverlängerung für Lehrer, Erhöhung der Klassenfrequenzen und die Streichung des 13. Jahrgangs. Trotz steigender Schülerzahlen sollen 2000 Lehrerstellen eingespart werden. Die Kürzungen betreffen Lehrer, Schüler und auch Studenten. Daher haben sie gemeinsam demonstriert.

Die in Hamburg regierende SPD betreibt wie die CDU/CSU auf Bundesebene eine Bildungspolitik auf Kosten der Schüler- und Lehrerschaft, an deren Ende die Lernfabrik steht.

Ein Schüler: „Wenn da nichts passiert, geht das hier ab wie in Frankreich.“

Zu der Demo hatten die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zusammen mit dem Asta der Universität und der SchülerInnenkammer aufgerufen. Es gab 14 Demonstrationzüge. Überall klebten Plakate und Aufkleber. „So eine Demo

hatten wir noch nie“, meinte ein Schüler.

Die Schulsenatorin hatte den LehrerInnen zuvor untersagt, während des Unterrichts an der Demonstration teilzunehmen. Trotzdem beteiligten sich viele Lehrer, sogar ganze Schulleitungen. Dafür müssen sie jetzt mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen. Unter anderem soll die GEW ein Zwangsgeld von 50 000 DM bezahlen.

Die Wut der Schülerschaft drückte sich in Transparenten und Sprüchen wie „Raab ins Grab“ oder „Spart Euch Eure Politik, nicht unsere Bildung“ aus.

Schulbesetzungen

Wochen vor der Demo gab es an mehreren Schulen Schulbesetzungen. So an der Gesamtschule Steilshoop, wo rund 50 Leute an der Besetzung teilnahmen. Die SchülerInnen dort planten auch eine Art selbstgestalteten Alternativunterricht.

Es wurde auch versucht, einen hamburgweiten Schülerstreik von unten zu organisieren, doch der Kontakt zu allen Schulen konnte nicht hergestellt werden. An Schülervertretungen (SV) gerichtete Post wurde von Schulleitern abgegriffen, einige



SchülerInnen, Studierende und LehrerInnen müssen gemeinsam gegen die Bildungswende kämpfen

konservative SVen blockten ab.

Die Ausbreitung der Besetzungen und damit ein effektiver Kampf gegen den Bildungsabbau scheiterte bisher leider an der Hamburger Schülerkammer, die ähnlich zahn und basisfern geworden wie viele Gewerkschaften. Sie nutzt ihre Möglichkeiten (Budget von 30 000 DM, eine Zeitung in einer Auflage von 10 000) nicht. Ihre eigentliche Aufgabe wäre es, den Kampf der Schüler zu bündeln.

Das schreit nach Bewegung von der Basis. Die Äußerungen

mehrerer SchülerInnen zeigen Entschlossenheit und machen Hoffnungen: „Wenn da nichts passiert, geht das hier ab wie in Frankreich.“

Viele haben durch das französische Beispiel Mut geschöpft und gesehen, daß es sich lohnt zu kämpfen. Wie die Regierung in Frankreich Angst hat vor einem „neuen 68“, einer neuen revolutionären Massenbewegung, sollte unsere Regierenden Angst haben vor einer Schülerbewegung nach französischem Vorbild. Der Anfang ist getan. ■

Kommunalwahl Ba-Wü

Daimler hupt, der Stadtrat hüpf

Am 12. Juni finden in Stuttgart Kommunalwahlen statt. Stuttgart ist die reichste Stadt der BRD. Stuttgart hat 2500 Millionäre. Doch mit der kapitalistischen Krise hält die Politik der Kürzungen auch Einzug ins Schwabenlände.

Aron Amm, Stuttgart

Nach Leichtathletik-WM und internationaler Gartenbauausstellung (Kosten 140 Millionen) will der CDU-geführte Stadtrat noch höher hinaus: Unterirdischer Neubau vom Hauptbahnhof, Flughafenausbau, 2. Messe, Spielcasino.

Die Gewerbesteuererinnahmen von Daimler, Porsche, Bosch und Co. sind von 800 Millionen auf 600 Millionen zurückgegangen. Das erste, was ein Besucher in Stuttgart sieht, ist der Daimlerstern auf dem Bahnhofsturm. Das Neckar-Stadion wurde in Gottlieb-Daimler-Stadion umbenannt, der Konzern blätterte dafür kurzerhand 10 Millionen hin. Daimler jüngster Streich: Trotz vorheriger Zusage weigert sich Mercedes, den Werksverkehr im neuen Motorenwerk von der Straße auf die Schiene zu verlagern, nur um ein paar Mark zu sparen.

Liverpool der 90er

Neben Daimler-Town hat die Stadt noch ein zweites Gesicht: „Das Liverpool der 90er Jahre“ (Studie der IG Metall). Die 90er Jahre haben längst begonnen. Die Arbeitslosenquote hat sich 92/93 verdoppelt. Letztes Jahr hat Südmilch seine Tore geschlossen. Die Müllgebühren wurden um einen Schlag um 45 Prozent erhöht.

Stuttgart hat sowenig Sozialwohnungen wie keine andere Stadt, gerade 22 000. 2000 Menschen sind obdachlos. 300 Kinder leben auf der Straße. Städtische Toiletten, im Winter ihre letzte Zuflucht, sollen dichtgemacht werden.

Die Politik von Oberbürgermeister Rommel und der CDU/FDP/Freie-Wähler-Mehrheit im Rathaus ist die Fortsetzung von Kohl auf kommunaler Ebene. Auch die Republikaner, seit 89 im Gemeinderat vertreten, haben jede Gewerbesteuererhöhung und Zweitwohnungssteuer abgelehnt. Sie fordern, daß bei den Jugendhäusern gekürzt wird und die Unterstützung für „kriminelle Organisationen wie JRE“ gestoppt wird (Wahlprogramm 94).

Was fehlt, ist eine Opposition

von unten. Egal ob SPD oder Grüne, von Gegenwehr keine Spur. 1994 baut die Stadt 428 Arbeitsplätze ab. „Anfangserfolg“, so der SPD-Fraktionschef, „Ein erfreulicher Beginn“, so der Sprecher der Grünen.

Darum hat sich die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) die Aufgabe gestellt, den Widerstand von ArbeiterInnen und Jugendlichen mitzuorganisieren und eine kämpferische sozialistische Alternative anzubieten. In den ersten Monaten 1994 haben sich SAV-Mitglieder in Stuttgart maßgeblich an Protesten gegen Kita-Kürzungen, an Studentendemos, Protesten gegen Angriffe auf ein Jugendhaus und an Aktionen zum Frauentreiktag beteiligt.

Gegenwehr organisieren

Neben unserer Unterstützung für JRE bei der Mobilisierung gegen die REPs konzentriert sich die VORAN im Wahlkampf auf vier wichtige Forderungen:

- 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Während die Stadt trotz Pflegenotstand und Überstunden auf den Arbeitsämtern Stellen streichen will, werben wir in Betrieben und Gewerkschaften dafür, die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen. Mittlerweile sind wir in Stuttgart in allen gewerkschaftlichen Jugendausschüssen präsent.

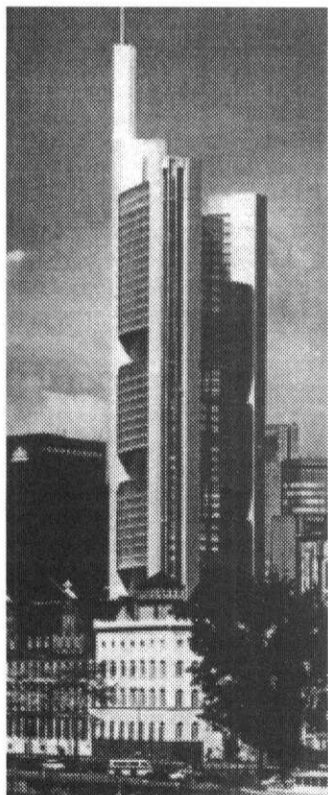
- Zwangsweise Belegung von leerstehendem Wohnraum. Die Stadtteilgruppen von VORAN wollen Wohnungen, die als Spekulationsobjekte leerstehen, öffentlichkeitswirksam outen.

- Erhalt aller unabhängigen Beratungsstellen. Weg mit Paragraph 218. Gemeinsam mit Betroffenen wollen wir erreichen, daß unabhängige Beratungsstellen für Frauen, wie Pro Familia, auch nach 1994 weiterarbeiten dürfen.

- Jedem Stadtteil sein Jugendhaus. Da im Jugendhaus Mitte soeben die Hausleiterin beurlaubt wurde, will sich die SAV mit Unterschriftenlisten und Zusammenarbeit mit anderen Jugendhäusern dafür einsetzen, daß dieser Beschluß sofort zurückgenommen wird.

Wir machen jedoch immer klar, daß diese Reformen, wenn sie erkämpft würden, auf kommunaler Ebene und in diesem System immer wieder bedroht wären. Daher machen wir nicht nur Wahlkampf, sondern bauen eine sozialistische Organisation auf. ■

Banken: Abgezockt wird immer



Geplante Zentrale der Commerzbank

Geldinstitute großzügig.

Der Schneider-Brief vom 4. April mit dem angekündigten Untertauchen war nicht das erste Anzeichen des drohenden Zusammenbruchs. Hilmar Kopper bestätigte, daß die Deutsche Bank schon seit 1992 keine neuen Kredite mehr an Schneider vergeben hätte. Bereits am 16. März 1994 wurde der Generalbevollmächtigte des Schneider-Imperiums, Ralf Lambsdorff, – ein Neffe des Wirtschaftskriminellen Otto Graf Lambsdorff – von seinem Posten abgelöst und eine völlig unbekanntes Anwaltskanzlei in Mainz mit der Generalvertretung beauftragt. Dennoch hatte Schneider Zeit, um in aller Ruhe seine Privatkonten zu räumen und sich abzusetzen.

Um die Verluste von 5 bis 6 Millidarden DM brauchen sich die Banken keine Sorgen zu machen. „Die Kredite sind im Eimer, aber der Eimer gehört der Deutschen Bank.“ (Kabarettist Dieter Hildebrandt). Als Großgläubiger werden sich die Banken die lukrativen Schneider-Immobilien in den Innenstädten zu Spottpreisen unter den Nagel reißen. Sie brauchen dann nur auf Preissteigerungen warten.

Verluste vergesellschaftet

Und während alles von den großen Banken redet und die kleinen Handwerksbetriebe bedauert, geraten die Arbeitnehmer völlig aus dem Blickfeld. Aber allein in Leipzig sind nach Auskunft der örtlichen Gewerkschaften rund 4000 Arbeitsplätze gefährdet.

Die Arbeitnehmer werden ohnehin die Verluste abdecken müssen. Die Verluste der Banken können steuerminierend gel-

tend gemacht werden, was ihnen in Anbetracht ihrer enormen Gewinne sehr gelegen kommt. Der SPD-Finanzexperte Weltecke rechnet mit Steuerausfällen in Milliardenhöhe durch Wertberichtigungen, so daß die Allgemeinheit nach seiner Schätzung mehr als 50 Prozent der Schneider-Verluste über Steuerausfälle

„Die Kredite sind im Eimer, aber der Eimer gehört der Deutschen Bank.“

(Kabarettist Dieter Hildebrandt)

ausbaden wird.

Sollte dies immer noch nicht ausreichen, können ja neue Gebühren für Girokonten erfunden werden. Die Gebührenpraxis erinnert ohnehin schon an Wege-lagerei.

Die Banken verdienen an der Verschuldung des Staates und der Konsumenten. Von jeder Mark Steuern gehen 10 Pfennig als Zinszahlung an die Banken. Nach Schätzungen der Wohlfahrtsverbände und des DGB sind 3-4 Millionen Deutsche überschuldet. Die Verbraucher-kredite beliefen sich 1993 auf 339 Milliarden, Wohnungskredite nicht inbegriffen. Während sich die Kredit- und Überziehungszinsen immer auf dem höchstmöglichen Niveau bewegen, werden Besitzer kleiner Guthaben mit lächerlichen Zinssätzen abgespeist.

Einheits-Abzocker

Die Banken zählen zu den Gewinnern der deutschen Einheit. Fast alle wichtigen Geldhäuser haben ein ostdeutsches Institut zu günstigen Bedingungen übernommen, einschließlich der Kreditforderungen an ehemalige

DDR-Kunden. Finanzexperten schätzen dieses Volumen auf rund 200 Milliarden DM. Für einen Großteil davon müssen jetzt die im Westen üblichen Zinsen gezahlt werden.

Kein Wunder, daß die Banken nun schon im fünften Jahr hintereinander Rekordgewinne einfahren. Die Commerzbank stei-

gerte ihr Geschäftsvolumen 1993 um 22,3 Prozent. Allein der Gewinn aus Zinsüberschüssen stieg um 12 Prozent auf gut 4,8 Milliarden. Die fünf größten Banken erwirtschafteten 1993 ein Betriebsergebnis von 10,6 Milliarden.

Dieser legalisierten Ausplünderung muß ein Ende bereitet werden. Warum nicht zur Abwechslung die Gewinne vergesellschaften? Wenn die Banken in Gemeineigentum überführt und demokratisch kontrolliert und verwaltet würden, könnten die enormen Vermögen, die die arbeitende Bevölkerung erwirtschaftet hat, auch in unserem Interesse eingesetzt werden.

Das „Bankgeheimnis“, hinter dem sich Steuerhinterzieher, organisierte Kriminalität und Geldwäscher verstecken, könnte gelüftet werden. 700 Milliarden flüssiges Vermögen (laut Bundesbank) und 130 Milliarden jährliche Steuerhinterziehung sind eine schöne Stange Geld, mit der sich viel Sinnvolles anfangen ließe: Investitionen zur Sanierung der Umwelt, zur Schaffung von Wohnungen und Arbeitsplätzen. ■



Solange die Automobilindustrie blühte, war Stuttgart eine der reichsten Städte Deutschlands. Doch mit der Konjunktur-Krise beginnen auch die Haushaltsschwierigkeiten.

Angela Bankert, IG-Medien-Mitglied

Bankräuber werden im Gegensatz zu Bank-Aktionären gemeinhin als Kriminelle betrachtet. Wenn es sich allerdings um Bankräuber in Schlips und Krage handelt, zeigen sich die

Ihr da oben ...



Aussichten „düster“

Selbst mit einer Erholung der Konjunktur bleibt die Aussicht auf Arbeit düster. Weltweit wird die Arbeitslosigkeit bestenfalls stagnieren, wenn nicht weiter steigen. So die Perspektive der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO. Die Rezession in den entwickelten Industrieländern zieht den Rest der Welt durch sinkende Nachfrage und niedrige Rohstoffpreise runter.

Die Antwort? Niedrigere Löhne in Europa. Allerdings widerspricht diese „Lösung“ den eigenen Fakten. Denn im letzten Jahr sind die Löhne weltweit zum vierten Jahr nacheinander gesunken. Und trotzdem steigt die Zahl der Arbeitslosen.

Revolte für Abschiebung!

Ein Sondereinsatzkommando der Polizei hat am 1. Mai eine Häftlingsrevolte in der Justizvollzugsanstalt Leverkusen beendet. Die neun Häftlinge waren auf das Dach gelangt und drohten, sich hinunterzustürzen.

Diese Revolte zeigt die ganze Perversion des deutschen Ausländerrechtes. Die Männer sollen nach Algerien abgeschoben werden. Doch dessen Regierung verweigert die Einreise aus Angst vor oppositionellen Fundamentalisten und weil Arbeitsmarkt und Sozialsystem zusammengebrochen sind. Es ist schlimm genug, daß überhaupt Menschen nach Algerien abgeschoben werden sollen. Bei den Kämpfen zwischen dem Militärregime und der islamischen Opposition sind in den letzten beiden Jahren 2000 Menschen getötet worden.

Die Algerier sitzen bis zu 18 Monaten im Knast, nicht wegen einer Straftat, sondern weil sie abgeschoben werden sollen. Sie haben nicht einmal mehr die berechnete Forderung nach einem Bleiberecht in Deutschland aufgestellt. Sie haben einfach nur verlangt, an die Grenze gebracht zu werden, um endlich aus dem Gefängnis rauszukommen.

Die Politiker, die behaupten, diese oder jene Gemeinde könne keine Asylbewerber mehr aufnehmen, leisten sich den „Luxus“ einer Riesen-Bürokratie, die Flüchtlinge unter enormen Verwaltungsaufwand in Kategorien einteilt, in Lager steckt und mit Lebensmittelscheinen versieht. Im Sinne des Ausländerrechtes ist das Einsperren von Menschen logisch, die nichts getan haben und die Abstellung von Bewachern, damit die Eingesperrten sich ruhig verhalten.



... wir hier unten

Leserdiskussion zum Film „Schindlers Liste“



Wichtiger Film oder oberflächliches Rührstück? (Szenenfoto)

Gute Wirkung trotz Schwächen

Den Artikel von Claus Ludwig in VORAN Nr. 160 fand ich allzu abgeklärt, mir vermittelte er den Eindruck: „für uns MarxistInnen ist das sowieso alles nichts Neues“.

Doch während des Films wurde mir klar, daß dieser Film der erste ist, den die heutige Schülergeneration zum Thema „Massenmord an den Juden“ gesehen hat. Der letzte Film mit diesem Thema war die TV-Serie „Holocaust“, die vor 15 Jahren ausgestrahlt wurde. So denke ich, daß Spielberg einen Weg gefunden hat, Millionen von jungen Menschen den Charakter des Naziregimes auf erträgliche Weise klarzumachen – besser als viele Stunden Geschichtsunterricht. Ich habe einen 15-jährigen Jungen nach dem Film weinen gesehen. Und wenn es darauf ankommt, „die Wut und den Haß in Aktivität zu verwandeln“, haben auch Gefühle ihren berechtigten Platz im Kampf.

Es ist ein Spielfilm, deshalb kann man nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Dokumentation daran stellen. Wenn man das haben will, kann man in eine NS-Gedenkstätte gehen. Und nur weil die Informationen im Rahmen einer spielerischen Handlung vermittelt werden, ist es noch lange nicht „Hollywood“-Sensationslust. Auf dieser Ebene finde ich den Film gut und sehenswert.

Allerdings finde ich die Charaktere von Göth und Schindler nicht in sich schlüssig. Göth ist ein menschliches Schwein, das

zu jeder Zeit gegeben hat und gibt, deren Sorte sich aber die Nazis bewußt und auf breiter Front bedienten, um ihr grausames Regime aufrechtzuerhalten. Der Versuch, ihm „menschliche Züge“ zu verpassen – als er sich an seine jüdische Haushaltshilfe heranmacht – ist schlichtweg lä-

cherlich und verleitet dazu anzunehmen, daß das Naziregime wegen der „Schlechtheit“ bestimmter Individuen bestehen konnte.

Auch die Figur Schindlers ist nur bedingt glaubwürdig. Der Film macht leider nicht klar, daß er kein Einzelfall war – in dem Sinne, daß die ganze Unternehmerklasse vom NS-Regime profitiert hat. Andererseits war er ein Einzelfall, weil er dann doch noch die Einsicht in sein Tun hatte und sich veränderte. Allerdings war mir sein innerlicher Wandel in Bezug auf Gründe und Zeitpunkt nicht nachvollziehbar, sodaß man doch noch meinen könnte, das NS-System habe weniger mit der Klasse der Kapitalisten als mit „guten“ oder „bösen“ Individuen zu tun.

Fiz Garvie, Köln

Ärgerlicher Hollywood-Schinken

In der April-Ausgabe der VORAN bezeichnet Claus Ludwig den Spielberg-Film „Schindlers Liste“ als „beeindruckenden Film über den Mord an Europas Juden“. Ich weiß nicht, welchen Film er gesehen hat, ich habe einen ärgerlichen Film gesehen, der nichts von dem hält, was er verspricht.

„Schindlers Liste“ kann nicht wie ein herkömmlicher Hollywood-Film betrachtet werden. In der öffentlichen Diskussion wird dieser Film als etwas ganz Besonderes dargestellt, er wird geradezu zu einem „Über“-Film gemacht. Der Film sei „wichtig“, komme „zur richtigen Zeit“. Er wird mehr als historisches Dokument verkauft denn als Spielfilm.

Spielbergs Film ist und bleibt ein Hollywood-Schinken (Hollywood kommt nicht nur durch, wie Claus schreibt). Und das macht ihn zu ärgerlichen und moralisch zu verurteilenden Film.

Wird der Nazi-Terror schonungslos dargestellt? Nein. Der Nazi-Terror reduziert sich weitgehend auf das willkürliche Töten jüdischer KZ-Häftlinge durch den Lagerkommandanten Göth (der in anderen Szenen als Psychopath dargestellt wird, was ihn schon fast wieder zum Opfer werden läßt).

Der alltägliche Terror, die unmenschlichen Lebensverhältnisse im Lager werden nicht dargestellt. Im ganzen Film gibt es keine Folterszene, keine Frau wird vergewaltigt, kein Mensch verliert den Verstand. Die Realität der Juden im Ghetto und der Häftlinge im KZ wird weit verfehlt.

Genau dieser Vorwurf wurde Spielberg auch bei der Uraufführung in Israel von einem ehemaligen KZ-Häftling gemacht. Spielbergs Antwort war, daß das sicher auch nicht darzustellen ist. Damit hat er zweifelsfrei Recht, aber war es nötig, die weiblichen Darstellerinnen in jeder Szene zu schminken, um ihnen auch noch in der qualvollsten Sekunde Schönheit zu geben?

Die Szene, als die Jüdinnen in Auschwitz in die Kammer geführt werden, dann mit angstverzerrten, aber schönen Gesichtern auf ihre Vergasung warten und dann Wasser aus den Duschen

kommt, ist mehr als geschmacklos.

Der Film zeigt zwar, daß Schindler ein Kriegsgewinnler war. Er macht aber nicht deutlich, wie Claus schreibt, daß er nicht nur sich selbst repräsentiert, sondern die Klasse der Kapitalisten, die Hitler zuerst an die Macht gebracht und dann unter seiner Terrorherrschaft das große Geld gemacht haben.

Politisch sagt der Film nichts aus. Umso abstoßender ist die Schlussszene, in der der sowjetische Soldat den Juden rät, nicht nach Osten zu marschieren, weil sie auch dort gehaßt werden. Es ist richtig, daß auch der Stalinismus den Antisemitismus gefördert hat, dies darf jedoch nicht in einen Zusammenhang mit der organisierten Judenvernichtung durch das NS-Regime gestellt werden.

„Schindlers Liste“ ist nur ein besonderer Film, weil bisher keine besseren Filme zu diesem Thema gemacht worden sind. Deshalb sollte man sich ihn angucken. Es ist gut, daß dieser Film Diskussionen anregt. Er bleibt aber ein Hollywood-Schinken, der sicherlich filmisch sehr gut ist, aber den Status, der ihm in der Öffentlichkeit verliehen wird, nicht verdient.

Sascha Stanicic, Köln

Kur für gestreßte Nazi-Schergen?

Die Kritik zum Spielberg-Film „Schindlers Liste“ (VORAN Nr. 160) handelt unter anderem von den Nazi-Schergen. Diese seien im Film als „gestreßte Bürokraten“ oder „Befehlsempfänger“ dargestellt und nicht einfach als wahnsinnige „Bestien“. Erstens finde ich, daß die führenden Nazis gerade als wahnsinnige Fanatiker dargestellt werden. Zweitens halte ich diese Art der Darstellung für vollkommen richtig. Wenn solche Nazis, am Beispiel von Amon Göth, reihenweise Juden ermorden, dann liegt das weder an übermäßigem Streß noch am zu großen Befehlsdruck der Nazi-Führung, der in den betreffenden Szenen eben nicht vorhanden ist. Bei-

spiele: Göth erschießt vor dem Frühstück vom Balkon aus gefangene Juden im Lager, SS-Offiziere wollen einen Werkzeugmacher erschießen, weil er zu langsam arbeitet, ein Lager-Aufseher schießt mit Begeisterung in einen Berg von brennenden Leichen.

Die wichtigste Funktion des Faschismus für die Kapitalisten ist die Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Der Rassismus kann bei der Spaltung der Arbeiterbewegung hilfreich sein, gehört seinem Wesen nach aber nicht zu den Hauptzielen der Kapitalisten.

An der Auseinandersetzung zwischen Göth und Schindler wird sehr deutlich, daß Göths sa-

distisches Handeln vor allem durch Rassismus bestimmt ist. Schindler hingegen verteidigt die Machtposition der Nazis aus Profitinteresse.

Faschistische Organisationen haben das Ziel, ihre Mitglieder zu bedingungslosen Handlangern ihrer irrationalen Ziele zu machen. In der Entwicklung eines faschistischen Staates kann sich in diesen Organisationen eine Schicht entwickeln, zu der Göth gehört, deren Handeln durch blinden Fanatismus bestimmt ist. Bei diesen Menschen hilft keine „Anti-Streß-Kur“ mehr, sie müssen unschädlich gemacht werden.

Ralf, Stuttgart

Filmkritik

„Im Namen des Vaters“

Ein Film über das britische Justizsystem und ein Film über 15 Jahre eines Menschenlebens und ein Film über den Konflikt in Nordirland – all das ist „Im Namen des Vaters“ des irischen Regisseurs Jim Sheridan.

Cindy, Berlin-Marzahn

Es ist die Geschichte der „Guildford-Four“, vier Iren, die 1974 unschuldig zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden. Sie wurden für ein IRA-Attentat verurteilt, bei dem im Londoner Vorort Guildford mehrere Menschen ums Leben kamen.

Die „Anti-Terror“-Gesetze der britischen Regierung, aus den Angeklagten herausgeforderte Geständnisse und auf höchster Staatsebene zusammenkonstruierte Beweise waren die Grundlage für den Indizienprozeß, in dem dieses

Urteil zustandekam. Die Opfer dieser Hexenjagd waren Gerry Conlan, sein Vater Giuseppe, sein Freund und seine Tante. Der Film macht deutlich, wie der Prozeß, unterstützt durch die britische Hetzpresse, genutzt wurde, um Haß gegen die Iren zu schüren.

Nur so konnte das Bild aufrechterhalten werden, die Situation in Nordirland sei ein terroristischer Religionskonflikt, nur so konnten dessen wahre Ursache, die „teile-und-herrsche-Politik“ der britischen Regierung, verschleiert werden.

Der Film zeigt, daß auch im Gefängnis die Spaltung zwischen Iren und Briten genutzt wurde. Aber das gelang nur solange, bis die Häftlinge in ihren Aufsehern als Vertreter der bestehenden Terrorjustiz ihren wirklichen Gegner erkannten. Hier macht der Film

deutlich, daß nicht purer Terror der Weg ist, sich von der bestehenden Ungerechtigkeit zu befreien, sondern ein gemeinsamer Kampf, der die Spaltung zwischen den Nationalitäten beendet.

In einem gigantischen Schluß wird dargestellt, wie das Urteil gegen die „Guildford-Four“ in allen Anklagepunkten revidiert werden mußte. Möglich wurde dieser Freispruch jedoch nur durch einen Zufall, durch den die Anwältin, die das Verfahren für die Verurteilten neu aufrollte, an geheimen Akten gelangte, die das Vorgehen der Staatsanwaltschaft von 1974 offenlegten.

Giuseppe Conlan erlebte die Freilassung nach 15 Jahren allerdings nicht mehr. Er starb noch im Gefängnis.

Insgesamt gelang es Jim Sheridan mit Bildern vom Leben und Widerstand in Belfast,



Britische Patrouille im katholischen West-Belfast

blutrauschähnlicher Willkür der englischen Behörden, vom Leben im Knast und dem gemeinsamen Kampf der Häftlinge, von bedrückenden Szenen des Terrors und Sterbens den Film zu einem komplexen Bild der Ereignisse zu machen.

Wie unbequem dies für die Vertreter des britischen Staa-

tes ist, zeigt die Reaktion auf „Im Namen des Vaters“. Regierungsvertreter beschimpften ihn als pro-terroristischen Propaganda-Film. Daß er genau das nicht ist, wird aber an seinem kritischen und nicht heroisierenden Umgang mit der IRA sichtbar.

VERKAUFT VORAN!

Obwohl weder Kohl noch Scharping es wahrhaben wollen: das Interesse an sozialistischen Ideen ist – vor allem bei Jugendlichen – größer geworden. Das macht sich auch bei Verkaufsaktionen der VORAN bemerkbar.



Da die letzte Ausgabe der VORAN einige Tage länger lief und gleichzeitig gut verkauft wurde, mußten wir nachdrucken lassen. Die Auflage belief sich im April auf 3600 und ist fast ausverkauft worden. Für die nächsten Monate planen wir, die Auflage Richtung 4000 zu stabilisieren. Gerade in Ostdeutschland gibt es eine große Offenheit für Alternativen zur derzeitigen Misere. An vielen Schulen in Berlin-Marzahn wird die VORAN verkauft, auch von Leuten, die noch nicht fest bei uns mitmachen. In Marzahn konnten auch beim 1.-Mai-Fest der PDS bei 100 Anwesenden 50 Zeitungen verkauft werden.

Bei einem Verkauf vor einem Arbeitsamt in Aachen wurden

20 Stück verkauft. Bei den Gesprächen erlebten die Verkäufer eine massive Wut auf die Kohl-Regierung. Viele Arbeitslose waren auch stinksauer über die Schikanen, die sie auf dem Arbeitsamt erleben.

Neumitglieder aus dem Lahn-Dill-Kreis (Hessen) haben bei ihrer ersten Verkaufsaktion am 1. Mai 45 Stück an Gewerkschaftskollegen verkaufen können.

Claus Ludwig, Köln

Kahlschlag in Kassel

Jugendkampagne gegen Kürzungen

„Wir Jugendlichen werden in Kassel anscheinend nicht ernst genommen. Das kann sich ändern. Wir werden uns wehren, vielleicht gibt es Randalen.“ So ein Jugendlicher aus dem Kasseler Jugendzentrum Brückenhof, welches seit dem 28. April geschlossen ist.

Simon und Tobias, Kassel-Mitte

Durch die Sparpolitik kam es zu Sachkürzungen und Einstellungsstopps im Jugendbereich. Besonders betroffen ist das Jugendzentrum Brückenhof. Es wurde durch die jugendfeindliche Politik der Stadt Kassel zur Schließung gezwungen.

Der Stadtteil Brückenhof stellt einen sozialen Brennpunkt dar, durch die Schließung sitzen die aus 15 Nationen stammenden Jugendlichen auf der Straße. Am 25. April protestierten 40 Jugendliche im Rathaus und woll-

ten mit den Verantwortlichen reden. Die Initiative ging von VORAN aus. Wir hatten schon vorher 800 Unterschriften für den Erhalt des Jugendzentrums gesammelt.

Die CDU lehnte ein Gespräch ab, schloß sich in ihrem Fraktionssaal ein. Oberbürgermeister Lewandowski (CDU) rief die Polizei. Daraufhin zogen wir vor die SPD-Fraktion, die uns versicherte in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gegen die Schließung einzubringen.

Unter dem Motto „Wir wehren uns“ versammelten sich am Tag der Stadtverordnetenversammlung, 150 Jugendliche, um ihrer Forderung politischen Druck zu verleihen. Bei einer Kundgebung vor dem Rathaus mit Reden von Vertretern des Brückenhof Jugendzentrums, JRE und VORAN herrschte eine kämpferische Stimmung. Die Redner

wiesen darauf hin, daß in 16 Jugendeinrichtungen der Stadt zehn Sozialarbeiterstellen unbesetzt sind. So wird jahrzehntelang aufgebaute Jugendarbeit zerstört.

Nach der Kundgebung zogen 50 DemonstrantInnen an scharfen Polizeikontrollen vorbei auf die Zuschauerplätze der Stadtverordnetenversammlung. Dort wurden eingeschmuggelte Transparente entrollt. Der Antrag der SPD, den Jugendbereich aus dem Kürzungsplan rauszunehmen, kam auf die Tagesordnung. CDU, FDP und REP richteten sich gegen den Antrag. Der CDU-Fraktionsvorsitzende sagte: „Eine Freitagabenddisco

kann ja wohl nicht das Wichtigste auf der Welt sein.“ Eine REP-Abgeordnete äußerte den Verdacht, in Kasseler Jugendzentren werde „linksextreme Agitation“ betrieben.

Das Ergebnis: Es wird eine Einzelfallentscheidung für das Jugendzentrum Brückenhof geben, das voraussichtlich in drei Wochen seine Türen wieder öffnen wird.

Ohne den öffentlichen Druck wäre es nicht zu dieser Entscheidung gekommen. Es handelt sich nur einen Teilerfolg. „Jetzt müssen wir für jedes JuZe, jede Stelle und jede Neuanschaffung auf die Straße“ war die Schlußfolgerung.

Aufbaufonds

60 000 DM bis 31. 12.

Welcher Enthusiasmus für den Aufbau einer neuen sozialistischen Organisation herrscht, zeigt auch die finanzielle Opferbereitschaft unserer Mitglieder bei der Sonderkonferenz am 7./8. Mai. Die 170 TeilnehmerInnen spendeten insgesamt 20 800 DM für den Aufbaufonds, fast 10 000 in bar, der Rest ist bis Ende Juli versprochen. Bitte schnell überweisen!

Jetzt ist das Startkapital vorhanden, um Selbstdarstellungsbroschüren, Flugblätter, Poster und anderes Material zu drucken. 10 000 DM kosten die Gründungsveranstaltungen in den verschiedenen Städten.

Jetzt und vor allem in der heißen Wahlkampfphase im Herbst, wenn die Leute verstärkt nach Organisationen Ausschau halten, die ihre Interessen vertreten, werden wir unsere Organisation bekannt machen und intensiv um Mitglieder werben.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen, Sympathisanten und künftigen Mitglieder auf: Macht eine Extra-Spende für den Aufbau der Sozialistischen Alternative VORAN. Das ist die beste Investition in die Zukunft. Je mehr Mittel wir zur Verfügung haben, desto bessere Möglichkeiten haben wir, uns bei denen bekannt zu machen, die schon jetzt auf der Suche nach einer kämpferischen sozialistischen Organisation sind.

Wir wollen bis Ende Juni 30 000 und bis Jahresende 60 000 für unseren Aufbaufonds sammeln. Auch Deine Spende wird gebraucht. Wir werden in jeder Ausgabe von VORAN den

Stand bekanntgeben und über die Verwendung der Gelder informieren.

Spendenkonto VORAN
Kontonummer **870 386 300**
Dresdner Bank
BLZ **370 800 40**



Die heftigen Proteste haben zu einem ersten Erfolg geführt.

Kampffonds

In einer Art „Frühjahrsoffensive“ gehen VORANler auf die Straße und zu Veranstaltungen, verkaufen Materialien und sammeln Spenden.

Fiz Garvie, Köln

Kassel: mit Unterschriften-Aktionen für den Erhalt eines Jugendzentrums kamen in wenigen Tagen über 1200 DM rein. Zwei GenossInnen sammelten bei einem Infostand auf einem „Tote-

Hosen“-Konzert in Dortmund 900 DM. Bei den Veranstaltungen am 1. Mai wurden in Berlin 330 DM, in Kassel 819 DM, in Stuttgart rund 300 DM und in Siegen 210 DM für den Kampffonds gesammelt.

In Berlin gelang es, den großen Meister anspruchsvoller Unterhaltung, Helge Schneider, zu einer Spende von 25 Pfennig zu bewegen. Wir warten noch auf angemessene Beteiligung am Er-

lös der „Katzenklo“-Single!

Unterschriftenlisten gegen die Bereitstellung öffentlicher Räume für Faschisten brachten gute Ergebnisse. Gut verkaufte sich unser Frauenprogramm, 20 Stück in Stuttgart, 12 in Köln. Aachen, Kassel, Köln, Frankfurt und Siegen haben ihr Ziele erreicht und übertroffen. 1994 wollen wir gut für die politischen Kämpfe gerüstet sein: Broschüren, Flugis, Plakate kosten!

2. Quartal 94	erreicht DM	% des Ziels	Ziel DM
Schleswig Holstein	25	4%	600
Bremen	321	27%	1200
Mecklenburg-Vorpommern	316	42%	750
Berlin	1116	25%	4500
Nordrhein-Westfalen	4780	46%	10500
Hessen	3833	71%	5400
Baden-Württemberg	1750	33%	5250
Sonstiges	60	3%	1800
Gesamt	12 201	41%	30 000

Sozialistische Alternative VORAN

Veranstaltungen zur Gründung

Es werden jeweils VertreterInnen der SAV, GenossInnen aus Frankreich oder Britannien und andere Aktivisten der Arbeiterbewegung sprechen. Genauere Nachfragen bitte bei den angegebenen Telefonnummern.

Rostock

Freitag, 3. 6., 19 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben
Infos bei der Red. VORAN

Berlin

Freitag, 10. 6., 19 Uhr, Haus der Demokratie
Infos bei der Red. VORAN

Bremerhaven

Montag, 6. 6., 19.30 Uhr, FZH, Lehe-Treff, Eupener Str.
Infos unter: 04 71 / 20 09 92

Lübeck

Freitag, 3. 6., 18 Uhr, Diele im Zentrum, Mengstraße
Infos bei der Red. VORAN

Kassel

Mittwoch, 1. 6., 19 Uhr, Haus der Jugend, An der Fuldabrücke
Infos unter: 06 51 / 1 64 91

Köln

Mittwoch, 8. 6., 19 Uhr, Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Melchiorstr. 3 (Nähe U-Bahn Ebertplatz)
Infos unter: 02 21 / 13 45 04

Aachen

Montag, 30. 5., 19 Uhr (Einlaß 18.30 Uhr), „Jakobshof“, Stromgasse
Infos unter: 02 41 / 50 86 85

Siegen

Donnerstag, 26. 5., 19 Uhr, Siegerlandhalle (Spandauer Saal)
Infos bei der Red. VORAN

Frankfurt/Main

Freitag, 3. 6., 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5
Infos unter: 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart

Freitag, 27. 5., 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9 (Haltestelle Berliner Platz)
Infos unter: 07 11 / 2 23 82 14

Freiburg

Samstag, 28. 5., 19.30 Uhr, Ort wird noch telefonisch bekanntgegeben
Infos unter: 0 76 63 / 45 29

... höchste Zeit, selbst aktiv zu werden! Darum möchte ich ...

- weitere Infos über Eure Arbeit.
- Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden ...

... und wir sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine Ortsgruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Abschnitt schicken an: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Infotelefon: 02 21 / 13 45 05

Telefax: 02 21 / 13 72 80

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604,
Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

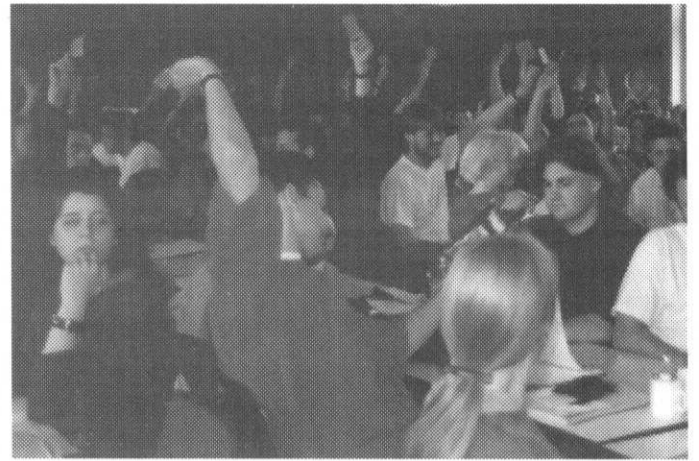
- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus



Geschichte wird gemacht

Seit dem 7. Mai gibt es eine neue Organisation in der deutschen Arbeiterbewegung. Auf einer Sonderkonferenz von VORAN in Frankfurt/Main beschlossen 170 Delegierte und Mitglieder aus 16 Orten die Gründung einer neuen, revolutionären, sozialistischen Organisation – der *Sozialistischen Alternative VORAN (SAV)*.

Claus Ludwig, Köln

Der Name ist Programm: Die SAV will eine kämpferische Alternative für alle anbieten, die genug haben und sich gegen die täglichen Angriffe von Regie-

Die Delegierten aus Ost- und Westdeutschland beendeten damit die über 20-jährige Arbeit von VORAN als marxistischer Flügel von Jungsozialisten und

wicklung der Klassenkämpfe und vor allem über das Verhältnis der Arbeiterklasse und der Jugend zur traditionellen Arbeiterpartei SPD.

Die SPD-Führung ist in allen Bereichen stark nach rechts gegangen: Von der Zustimmung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts über die Zustimmung zu Bundeswehr-Einsätzen im Ausland bis zu den Umfällen in der Sozialpolitik und der Kürzungspolitik in den Kommunen.

Zum Rechtsruck in der Führung der SPD und der Jusos ist erstmals in der Geschichte der Partei ein völliger Zusammenbruch der Parteilinken hinzugekommen. Die offizielle Parteilinke läßt ab und zu ihr jämmerliches Stimmchen erklingen, mobilisiert aber nicht gegen den Rechtskurs der Führung. Viele Ex-Linke haben sich offensichtlich in ihrer Nische eingerichtet. Jugendliche und ArbeiterInnen, die sich wehren wollen, sehen keine Ansatzpunkte in der SPD und kommen zur Zeit nicht auf die Idee, in die Partei einzutreten.

Im Gegenteil: Bei politisch bewußten Leuten herrscht Abneigung gegen die Sozialdemokratie vor, bei sehr vielen ArbeiterInnen ist die Bindung zur Sozialdemokratie gelockert. Was sollte auch sonst die Reaktion einfacher Menschen auf SPD-Kürzungspolitik und Anbiederung an die Kohl-Regierung sein?!

Scharpings „Kohl-mit-Bart-Politik“ ist eine Politik im Interesse der Unternehmer. Das wird

von vielen erkannt.

Veränderte Stimmung

Die sehr junge Konferenz – Dreiviertel der TeilnehmerInnen waren unter 25 Jahren – war die bisher größte und lebendigste VORAN-Konferenz. Die TeilnehmerInnen berichteten von der täglichen Arbeit von VORAN für den Aufbau einer sozialistischen Kraft. Sie war geprägt von der Zuversicht, dem Selbstbewußtsein und der Entschlossenheit, eine Organisation zu schaffen, die die Veränderung der Gesellschaft bewirken wird.

Antje, Delegierte aus Berlin sagte: „In Ostdeutschland ist nichts mehr so wie vor vier Jahren. Heute haben laut einer Umfrage nur noch 11,3 Prozent der Menschen Vertrauen in die „von ihnen gewählten Parteien und Politiker“ und nur noch 16,5 Prozent vertrauen der sozialen Marktwirtschaft.“

57 Prozent im Osten denken, der Sozialismus sei eine richtige Idee, die nur falsch umgesetzt wurde. Diese Umfragen zeigen, daß sozialistische Politik große Unterstützung finden kann. Die

Konferenz-Teilnehmer waren sich sicher, diese Unterstützung in den nächsten Jahren zu erhalten.

Mit der tiefsten Krise der Nachkriegszeit ändert sich die

bewußten Aktionen der Beschäftigten im Ostberliner Einzelhandel. Auch unter den Auszubildenden, für die es in den letzten Jahren noch immer einen Ausweg gab, ändert sich die

In Ostdeutschland ist nichts mehr so wie vor vier Jahren. Heute haben laut einer Umfrage nur noch 11,3 Prozent der Menschen Vertrauen in die „von ihnen gewählten Parteien und Politiker“ und nur noch 16,5 Prozent vertrauen der sozialen Marktwirtschaft.

Stimmung bei den arbeitenden Menschen. Der Prozeß der Politisierung und Radikalisierung, der sich am deutlichsten beim Kampf gegen die Nazis ausdrückt, hat auch in anderen Bereichen begonnen.

Dies zeigt die Rekordbeteiligung an den Warnstreiks in der Metall-Industrie oder die selbst-

Stimmung.

Die Katastrophe im Bereich Ausbildung und Übernahme läßt Kampfbereitschaft entstehen. Die Besetzung der Ausbildungsstätten durch die Post-Azubis war ein erster Hinweis auf kommende Bewegungen.

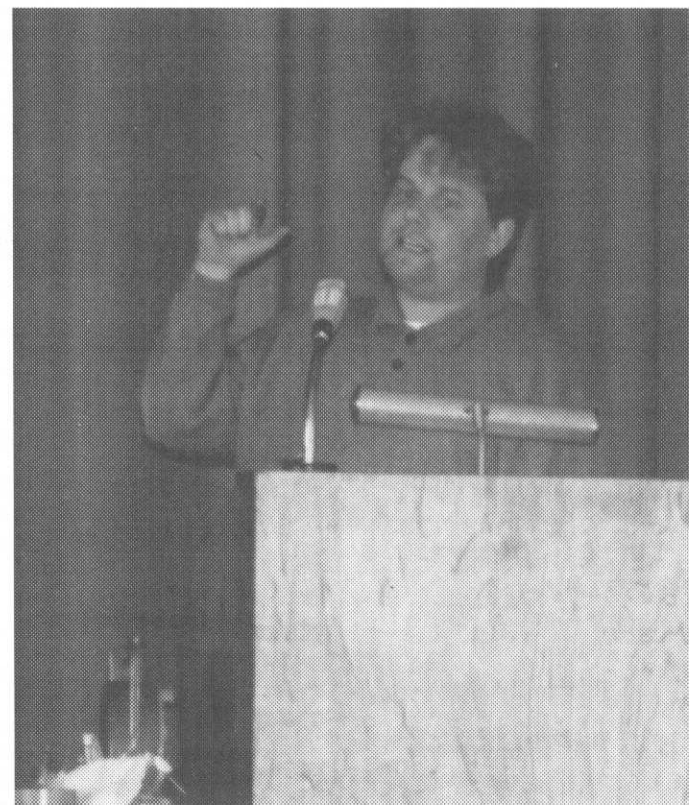
Viele Delegierte gaben Beispiele für die veränderte Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung, Beispiele dafür, daß sich unter der Oberfläche eine enorme Wut anstaut.

Auch international hat es in den letzten Monaten wütende Protestbewegungen gegeben. Ein „neuer Mai 68“, eine spontane revolutionäre Bewegung, ist in einigen Ländern Europas in den nächsten Jahren und Monaten möglich.

In vielen Bereichen aktiv

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand aber die praktische Tätigkeit der neuen Organisation. Wie Sascha Stanicic in seiner Einleitung zu diesem Teil der Konferenz betonte, darf „die neue Organisation sich nicht mit einer Beobachterrolle in den kommenden Kämpfen begnügen, sondern muß Teilnehmer, und wo es möglich ist, Führungskraft sein.“

In der Diskussion wurde die Vielfalt der Arbeit von VORAN-Mitgliedern in ganz Deutschland deutlich. Die Bei-



Congress Militant

Paper of the Marxist Workers' Tendency of the ANC

Liebe GenossInnen,

Wir haben von Euren Plänen zur Gründung einer neuen Organisation gehört. Wegen unserer Arbeit im Wahlkampf konnten wir leider nicht über die derzeitige Lage in Deutschland diskutieren.

Wir wünschen Euch viel Erfolg und warten gespannt auf Berichte von Eurer Gründung. Die deutsche Arbeiterklasse nimmt in den Kämpfen der Arbeiter zur Veränderung der Gesellschaft international einen wichtigen Platz ein. Zweifellos wird VORAN an der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf diese Aufgabe einen entscheidenden Anteil haben.

Mit solidarischen Grüßen,
die Marxistische Arbeitertendenz im ANC

Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN

Arbetarförbundet **OFFENSIV**

Jugendliche und ArbeiterInnen werden den Start Eurer Organisation, einer kämpfenden sozialistischen Kraft gegen kapitalistische Krise und Rassismus, begrüßen. Das erste Jahr des Arbeiterbundes Offensiv in Schweden war voller Erfolge und hat zur Verdoppelung unserer Kräfte geführt.

Stockholm, 5. Mai 1994
Arbeiterbund Offensiv

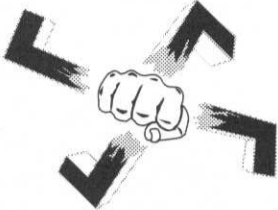
JRE-Bundessprecherrat

Liebe Freundinnen und Freunde,
vielen Dank für Eure tatkräftige Unterstützung beim Aufbau von JRE.

Wir wissen in Euch immer konsequente MitstreiterInnen im Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus.

Viel Glück bei Eurer weiteren Arbeit.

Internationalistische Grüße,
Die Mitglieder des JRE-Bundessprecherrates



Militant Labour

Militant Labour sendet VORAN zum Start der neuen Organisation sozialistische Grüße. Alle unsere GenossInnen wünschen Euch alles Gute. Eurer Erfolg wird ein Erfolg für die Arbeiterklasse und unseren gemeinsamen Kampf für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa sein.

London, 5. Mai 1994
Peter Taaffe, Generalsekretär

Offensive in der PDS Leipzig

Die Jugendgruppe Offensive in der PDS Leipzig gratuliert der Sozialistischen Alternative VORAN zu ihrer Gründung. Wir haben in VORAN in den letzten zwei Jahren einen Ansprechpartner für sozialistische Politik gefunden und hoffen, unsere Zusammenarbeit in der Zukunft zu verstärken. Sozialismus ist auch unser Ziel, deshalb brauchen wir auf Dauer eine starke sozialistische Jugendbewegung in ganz Deutschland und natürlich darüber hinaus. Dafür sollten wir Verbindendes – und das ist sehr viel – über Trennendes stellen. Jeder für sich wird relativ wenig bewirken, gemeinsam aber können wir Deutschland ein rotes Wunder erleben lassen. Wir sind dazu bereit – gehen wir gemeinsam VORAN zu einer sozialistischen Alternative!

Rotfront!

„Offensive in der PDS Leipzig“ ist Teil des Netzwerkes Jugendpolitische Offensive in der PDS“

es geht voran

träge reichten vom Schüler aus Berlin-Marzahn, der über die große politische Offenheit der Jugendlichen dort für sozialistische Ideen berichtete, bis zum Vertrauensmann im VW-Werk Baunatal, der über die Auswirkungen der Vier-Tage-Woche berichtete, die ein plastisches Bild der Aktivität der Gruppen gaben.

Für die kommenden Monate wurde vor allem das Eingreifen in den Bundestagswahlkampf mit einem sozialistischen Programm und die Arbeit in der antifaschistischen Bewegung, insbesondere bei der von VORAN ins Leben gerufenen unabhängigen Organisation *Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE* beschlossen. VORAN-Mitglieder haben in den letzten zwei Jahren eine maßgebliche Rolle gespielt, JRE zur bestvernetzten und größten antifaschistischen Jugendorganisation in Deutschland zu machen. Dies soll auch weiterhin ein Schwerpunkt der Aktivität sein.

Betont wurde aber auch, daß eine sozialistische Organisation notwendig ist, um eine umfassende Antwort auf die vielen Probleme zu geben und einen umfassenden Kampf dagegen zu organisieren. Im Mittelpunkt der Arbeit der SAV steht deshalb auch die Gewinnung neuer Mitglieder.

Die Entschlossenheit der TeilnehmerInnen wurde noch einmal beim Spendenappell für den Aufbau der neuen Organisation deutlich. Vom Ostberliner Arbeiter, der 1500 DM spendete, bis zu den vielen kleineren Spenden von SchülerInnen und Arbeitslosen, die selber kaum etwas haben, brachten viele TeilnehmerInnen große finanzielle Opfer. Wie es eine Delegierte am Rande der Konferenz ausdrückte: „Ich kann mir keine bessere Investition in die Zukunft vorstellen.“

Internationale Arbeit

Auch GenossInnen aus Österreich, Belgien und Britannien waren bei der Konferenz anwesend.

Ein Vertreter des *Komitees für eine Arbeiterinternationale* gab einen Bericht über die Aktivitäten von MarxistInnen in aller Welt. Er berichtete von der Kampagne der südafrikanischen GenossInnen für einen Wahlsieg des ANC und für ein sozialistisches Südafrika und über die Kommunalwahl-Kampagne von *Militant Labour* in Großbritannien, die in den Wahlkreisen, wo sie Kandidaten aufstellten, erfolgreiche Resultate erzielten und sich als politische Kraft etablierten.

Die Konferenz war ein moti-



vierendes Ereignis. Der Optimismus der TeilnehmerInnen, die, obwohl die SAV heute noch eine kleine Organisation ist, entschlossen sind, eine starke sozialistische Organisation aufzubauen, war ansteckend. Eine solche Organisation aufzubauen, ist notwendig, um die Mehrheit der arbeitenden Menschen für ein sozialistisches Programm zu gewinnen.

Dies zu schaffen, haben wir uns auf die Fahne geschrieben, um eine Welt zu erreichen, „in der es keine Massaker gibt wie in Bosnien und Ruanda und die frei und harmonisch gestaltet wird“, so ein Redner.

Wie es ein ostdeutscher Delegierter formulierte: „Entweder schaffen wir den Kapitalismus ab, oder der Kapitalismus schafft uns ab.“

Gründungserklärung

Die UnterstützerInnen der Zeitung VORAN haben eine neue Organisation, die *Sozialistische Alternative VORAN*, gegründet. Diese Organisation ist für alle offen, die sich gegen die Angriffe von Kohl und Kapital wehren und für eine sozialistische Demokratie kämpfen wollen.

Wir meinen: In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Der Kapitalismus hat nicht gewonnen, er ist nur übriggeblieben.

Die sozialen Probleme und die Ungleichheit sind heute so

Gegen die Kohlregierung

wie zuletzt in den 30er Jahren. Sechs Millionen sind ohne Arbeit, eine Million obdachlos, sieben bis acht Millionen leben in Armut. Auf der anderen Seite sitzen allein 85 Milliardäre auf 249 Milliarden DM.

Die Rezession wird zum Frontalangriff auf unsere erkämpften Rechte und unseren Lebensstandard benutzt. Die Marktwirtschaft hat uns in einem der reichsten Länder der Welt selbst im Aufschwung nichts zu bieten außer steigender Massenarbeitslosigkeit und Armut – ganz abgesehen vom alltäglichen Horror und Elend in der „3. Welt“.

Zeit reif für Gegenwehr

Millionen haben Wut im Bauch, weil sie Angst um ihre Zukunft haben oder es ihnen schon heute verdammt schlecht geht. In den letzten drei Jahren gab es einige der größten Streiks und Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. 1,8 Millionen Metalller, so viele wie nie zuvor, haben an den Warnstreiks im Frühjahr teilgenommen.

Doch die Führungen der Gewerkschaften setzen auf Zusammenarbeit mit den Unternehmern, anstatt die Kampfkraft ihrer Mitglieder voll zu nutzen. Sie akzeptieren die Argumente der Bosse und lassen sich auf Lohnverzicht und Flexibilisierung ein.

Sozialistisches Programm

Die SPD betreibt keine kämpferische Oppositionspolitik, sondern läßt sich von der CDU immer weiter nach rechts treiben.

Die Grünen haben sich da, wo sie an der Regierung beteiligt sind oder waren, den „Sachzwängen“ gebeugt und bequem auf ihren Posten eingerichtet.

Die PDS spricht sich für den Sozialismus aus. Aber ihre konkreten Forderungen bewegen sich ausschließlich im Rahmen der Marktwirtschaft.

Immer mehr Leute sind bereit, sich zu wehren und für ihre Interessen zu kämpfen. Bloß wie? Der SPD, aber auch den Grünen und der PDS und den Gewerkschaften fehlt ein Programm zum Kampf gegen die Angriffe der Unternehmer und die Krise der kapitalistischen Mißwirtschaft. Wir haben uns auf der Basis eines solchen Programms gegründet. Krise und Arbeitslosigkeit setzen wir den Kampf für folgende Forderungen entgegen:

- ★ Rücknahme aller Angriffe der Regierung Kohl auf Lebensstandard und Rechte der arbeitenden Bevölkerung
- ★ Ausbildung und Arbeit für alle
- ★ 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefri-

- stete Übernahme in den erlernten Beruf
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Garantierter Mindestlohn von 2000 DM netto für alle ab 18 Jahren
- ★ Ein öffentliches Investitionsprogramm im Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich, im öffentlichen Verkehr und zur Schaffung von einer Million Wohnungen jährlich
- ★ Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen
- ★ Leitung der Wirtschaft durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter von Beschäftigten und Gewerkschaften, die nicht mehr als einem durchschnittlichem Facharbeiterlohn verdienen
- ★ Demokratische Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt

Arbeiterbewegung

Wir kämpfen gegen jede Zusammenarbeit der Führungen von SPD, PDS und Gewerkschaften mit den Unternehmern und ihren Parteien und setzen uns für eine konsequente Politik dieser Organisationen im Interesse der ArbeitnehmerInnen

Gegen die Herrschaft der Milliardäre

ein. Wir wollen, daß Funktionäre dieser Organisationen nicht abgehoben sind und nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Wir kämpfen dafür, daß Kohl in diesem Jahr die Quittung für die letzten 12 Jahre bekommt, aber warnen vor der Gefahr, daß ein Kanzler Scharping die CDU-Politik fortsetzt, vielleicht sogar in einer Großen Koalition.

Aktiv werden

Wo andere nur reden, sind wir aktiv geworden. Selbst mit unseren relativ bescheidenen Kräften haben wir zigtausende zu Demonstrationen gegen den Golfkrieg mobilisiert und praktische Solidarität für streikende KollegInnen geleistet. Wir haben in den letzten zwei Jahren tausende von Jugendlichen im Kampf gegen Faschismus und Rassismus mobilisiert und die Initiative für den

Für Arbeit und Wohnung für alle

Aufbau von Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE ergriffen.

Die *Sozialistische Alternative VORAN* ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung in der Arbeiterbewegung, die in den meisten europäischen Ländern, Nord- und Südamerika, Afrika, Asien und Australien vertreten ist. Unsere Schwesterorganisation *Militant Labour* in Großbritannien hat vor einigen Jahren den erfolgreichen Kampf gegen die Kopfsteuer (Poll Tax) geführt, indem sie eine Boykottbewegung von 14 Millionen Nichtzahlern aufgebaut hat. Bei Kommunal- und Regionalwahlen in England und Schottland erhielten *Militant Labour*-Kandidaten zwischen 20 bis 30 Prozent der Stimmen.

Werde Mitglied in der SAV und kämpfe mit uns gegen Kohl und Unternehmerrmacht, für ein sozialistisches Programm für die Arbeiterbewegung.



Azabis protestieren gegen Zukunftsklau: Die Katastrophe im Ausbildungs- und Übernahmehereich wird zu größeren Bewegungen von Auszubildenden führen.

Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietestop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisation eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung. Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wähl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

Labour Militant

Wir Arbeiter und Jugendliche um die Zeitung LABOR MILITANT möchten unsere Unterstützung für Euren wichtigen Schritt vorwärts für die marxistischen Kräfte ausdrücken. Die jüngste Streikwelle in Europa wird von den Aktivisten der amerikanischen Arbeiterbewegung verfolgt und wir vertrauen, daß die **Sozialistische Alternative VORAN** eine wichtige Rolle dabei spielen wird, marxistische Ideen und Methoden, die Traditionen von Liebknecht und Luxemburg in die neuen Bewegungen der Arbeiterklasse einzubringen.

Mit solidarischen Grüßen, Unterstützer von
Labor Militant (USA) und
Labor Militant (Kanada)

Labor Militant

JRE Aachen

Wir begrüßen die Gründung einer sozialistischen Organisation durch VORAN. Während die etablierten Parteien mit ihrer Politik den Boden für die Nazis bereitet haben, hat VORAN in Aachen mit uns gemeinsam im Kampf gegen die Faschisten gestanden und unterstützt uns beim Aufbau einer starken, politisch unabhängigen antifaschistischen Organisation. Gemeinsam schlagen wir die Nazis!
Mit antifaschistischen Grüßen
JRE Aachen

L'ÉGALITÉ
Mensuel de la Gauche révolutionnaire,
Jeunes communistes révolutionnaires

Revolutionäre Grüße

an unsere deutschen GenossInnen zur Gründung der neuen Organisation. Wir sind sicher, daß Ihr mit Riesenschritten vorwärts gehen werdet.

Revolutionäre Linke (Frankreich)

Sozialistische Theorie

Seit 1973 gruppieren sich MarxistInnen um die Zeitung VORAN. Im folgenden Artikel wirft **Angela Bankert**, Bundesvorsitzende der SAV, einen Blick auf die politischen Grundlagen und die bisherigen Aktivitäten von VORAN.

Als sich 1973 drei Jungsozialisten zusammenfanden und den Aufbau einer marxistischen Strömung in Angriff nahmen, herrschte in der BRD Vollbeschäftigung. Die SPD bastelte an einem Langzeitprogramm, durch das bis 1985 auf Grundlage des Wirtschaftswachstums soziale Gerechtigkeit eingeführt sein sollte.

Mitte der Siebziger gab es eine Welle von inoffiziellen Streiks für Teuerungszulagen. Massenbewegungen und revolutionäre Situationen entwickelten sich in Portugal und später in Spanien und Griechenland. Es war ein Klima des Aufbruchs. In der Linken war man sich einig: Sozialismus ist das Ziel.

Reformismus

Die Jusos tüftelten an der Strategie „systemüberwindender Reformen“, durch die den Kapitalisten Stück für Stück die Verfügungsgewalt über die Produktion weggenommen werden sollte. In der ersten Ausgabe von VORAN warnten wir: „... spätestens 1975 findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht.“ Wir bestanden darauf, daß ein dauerhaftes Reformprogramm „nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht – das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen – in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden.“

Die Erfahrungen mit reformistischen Strategien, die den Kapitalismus Schritt für Schritt „zähmen“ und überwinden wollten, bestätigten unsere Analysen. So der Putsch in Chile, wo General Pinochet Allendes „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ blutig beendete.

Oder das Scheitern der Linksunion aus Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, die 1981 unter Mitterand ans Ruder kam. Nach nur eineinhalb Jah-

ren Reformpolitik erzwang das Kapital, dessen Macht nie ernsthaft angetastet worden war, eine radikale Kehrtwende, die Linksunion landete bei arbeiterfeindlicher Sparpolitik.

Die sozialdemokratischen Führungen zogen aus solchen Erfahrungen ihre Schlüsse: möglichst wenig oder nichts versprechen, keine großen Erwartungen wecken, sich den „Sachzwängen“ der kapitalistischen Marktwirtschaft unterordnen. Viele ehemalige Linke folgten ihnen in den 80er Jahren. Unsere Analysen und Warnungen vor halbherzigen Programmen und Maßnahmen bewahrten uns davor, denselben Weg zu gehen.

Stalinismus

Ein ständiger Punkt der politischen Auseinandersetzung war die Einschätzung der „realsozialistischen Staaten“. Praktisch alle linken Strömungen hielten diese Staaten für sozialistisch oder zumindest für reformfähig. Die einen orientierten sich an der Sowjetunion, andere an Kuba oder Albanien.

Hoffnungen wurden in Mao oder Tito gesetzt, später sogar in Ceausescu, nur weil sie mit Moskau in Konflikt gerieten.



1991: VORANler ergreifen in Köln die Initiative zur Mobilisierung gegen den imperialistischen Golfkrieg

Dabei wurde übersehen, daß diese Konflikte aus Gründen der eigenen Machtsicherung der jeweiligen „Abweichler“ bestanden.

Wir haben betont, daß keiner dieser Staaten sozialistisch ist. Es gab Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft, was enorme Fortschritte ermöglichte. Doch für den Sozialismus ist die demokratische Kontrolle der Masse der Bevölkerung notwendig, die politische Macht der Arbeiterklasse.

Arbeiterdemokratie ist auch eine ökonomische Notwendigkeit in der Planwirtschaft, denn sonst sind Mißwirtschaft, Fehlplanungen, und Korruption unvermeidlich, und heben die Vorteile der Planwirtschaft früher oder später auf.

Deshalb haben wir die Politik der Staatsbürokratien immer energisch bekämpft, die sowohl innen- wie außenpolitisch nur die Verteidigung ihrer Macht und Privilegien verfolgte, sei es mit blutigem Terror und militärischen Maßnahmen oder mit milderer Repression und Bevormundung.

Wegen dieser Position wurden wir von anderen Linken oft angegriffen. Wegen eines negativen Nachrufs zum Tod Breschnevs in VORAN nannte uns der damalige Juso-Bundesvorsitzende „entspannungsfeindlich“. Das war derselbe Rudolf Hartung, der heute als Berliner

Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschenden ausgegangen.

DDR – Revolution und Konterrevolution

Zur DDR schrieben wir 1988: „Auf ... „reformerische“ Teile der Bürokratie kann die Opposition nicht bauen. Auch in der DDR ist die entscheidende Kraft die Arbeiterklasse. Wenn in den nächsten Jahren zu der politischen Unterdrückung auch noch der ökonomische Druck wächst, werden die Arbeiter in Aktion treten. Dann ist die Chance gegeben, die Bürokratie zu stürzen und eine echte Arbeiterdemokratie aufzubauen, die zu Recht das Erbe Luxemburgs und Liebknechts antreten könnte.“

Die Bürokratie wurde durch eine Massenbewegung gestürzt.

Wir haben eine Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage zunächst nicht für möglich gehalten. Als sie sich dennoch abzeichnete, weil in das entstandene politische Vakuum keine sozialistische Kraft sondern der BRD-Kapitalismus stieß, haben wir gegen die Politik des kapitalistischen Anschlusses gekämpft.

Während BRD-Politiker blühende Landschaften versprochen, schrieben wir: „Massenarbeitslosigkeit von 5-6 Millionen, Inflation und Angriffe auf soziale Errungenschaften bisher nicht gekanntes Ausmaßes – das wäre das Szenario, das sich aus einer schnellen Einführung der Währungsunion ergeben würde.“ (VORAN März 1990).

Jugendbewegungen

Politische Analysen, eine möglichst genaue Einschätzung der Entwicklungen sind nicht Selbstzweck oder akademische Rechthaberei. Sie sind Anleitung zum Handeln und die Voraussetzung für wirksamen Maßnahmen.

Wir vertrösten nicht auf eine sozialistische Zukunft, sondern kämpfen für konkrete Verbesserungen oder gegen Rückschritte. Solche Kämpfe verbessern die Ausgangsposition. Doch wir verbinden dies mit dem Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Die Juso-Untergliederungen, in denen VORANler die Mehrheit hatten und haben unterstützten Kämpfe für den Erhalt von Arbeitsplätzen, zum Beispiel

Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN



Am 24. 10. 1992 fand in Brüssel eine Demonstration von 45 000 Jugendlichen aus 11 europäischen Ländern statt. Der Anstoß zur Demo und dem Aufbau von JRE ging von VORAN und ihren internationalen Schwesterorganisationen aus.

VORWÄRTS

Ein Gespenst geht um in Europa: Das Gespenst der Unternehmergriffe auf unsere Rechte und unsere Zukunft. Die Bosse sind sich weltweit zumindest in einem Punkt einig: Sie wollen ihre Profite auf dem Rücken der Arbeiterklasse retten. Was liegt also näher, als daß die Arbeiterbewegung und vor allem die marxistischen Kräfte in ihr international zusammenrücken, voneinander lernen, gemeinsam kämpfen und Erfolge feiern.

Vorwärts hat gerade mit der Umstellung auf monatliche Erscheinungsweise einen Riesenschritt voran gemacht. VORAN hat uns hier gezeigt, wie man es macht. Mit Spannung und voller Solidarität beobachten wir jetzt die Gründung einer unabhängigen sozialistischen Organisation durch VORAN-Unterstützer.

Vorwärts – Sozialistische Zeitung, Österreich

ie und Praxis

durch Organisation eines Lehrlings- und Schülerstreiks in Siegen gegen Massenentlassungen des dortigen Krupp-Stahlwerks oder durch Unterstützung von Besetzungen der Ausbildungsstätten durch Post-Azubis für die Übernahme.

Die Beteiligung an der Bewegung zur Weiterführung des Jugendsenders „DT 64“ gehörte ebenso dazu wie der Kampf gegen Schließungen von Jugendzentren.

In der Schülerarbeit unterstützen wir die Selbstorganisation von Schülern, zum Beispiel durch Aufbau eines Schülerrats in Stuttgart, und beteiligten uns an der Schülerbewegung 86/87. Im Golfkrieg organisierten wir Anti-Kriegs-Komitees und mobilisierten zehntausende zu Demonstrationen.

sondern nur weltweit. Internationalismus bedeutet für uns, sowohl von den Erfahrungen der Arbeiterbewegung in anderen Ländern zu lernen als auch praktische Unterstützung zu leisten.

So haben wir noch zur Zeit der Franco-Diktatur eine Solidaritätskampagne für Spanien begonnen und nach dem Sturz Francos materielle Hilfe für den Aufbau der spanischen Jusos organisiert, die damals noch keine regierungstreuer Karrieristenverein war, sondern marxistisch orientiert waren.

In Südafrika haben wir das Südafrikanische Arbeiterbildungsprojekt – SALEP unterstützt und gefördert. Im britischen Bergarbeiter-Streik, der 1984/85 ein Jahr lang erbittert geführt wurde, haben wir Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft

Dieselbe Unterstützung organisierten wir später für die Belegschaften, die für den Erhalt ihrer Betriebe und eine Perspektive für ihre Regionen gekämpft haben: für das Stahlwerk Rheinhäusen oder die Zeche Sophia Jacoba im Westen ebenso wie für das Stahlwerk Hennigsdorf und die Kali-Grube Bischofferode im Osten. Verbreitung des Anliegens der Betroffenen, Solidarität aus anderen Regionen, materielle Unterstützung waren dabei die selbstverständlichen Beiträge.

Neben der Solidaritätsarbeit haben wir aber nicht darauf verzichtet, ein sozialistisches Programm für die jeweilige Branche, eine Perspektive für den jeweiligen Betrieb und eine Kampfstrategie in die Diskussion einzubringen.

Im Fall Bischofferode schlugen wir die die Besetzung des Betriebs bei Fortführung der Produktion unter eigener Regie vor, um damit die Übernahme des Betriebs in Landeseigentum, bei demokratischer Kontrolle durch gewählte Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat, durchzusetzen.

Wir gehen davon aus, daß gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe nicht isoliert gewonnen werden können. Wir treten für Ausdehnung und Zusammenfassung von Kämpfen statt Verzerterung ein. Als im Herbst 93 die Bischofferöder, das Aktionsbündnis Thüringer Betriebe, die Bergarbeiter und Stahlarbeiter im Ruhrgebiet, die Bauarbeiter bundesweit und Regionen wie Schweinfurt um ihre sozialen Rechte kämpften, haben wir eine Kampagne für einen bundesweiten 24stündigen Generalstreik organisiert.

Dies wäre eine eindrucksvolle und erfolgversprechende Antwort auf den Generalangriff von Regierung und Kapital gewesen – im Gegensatz zu den Alibi-Aktionen des DGB unter dem Namen „Gegenwehr“.

Bilanz

Trotz einiger Fehler und Rückschläge haben wir mit unserer bisherigen Arbeit die theoretischen und praktischen Grundlagen dafür geschaffen, in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen eine starke sozialistische Kraft in der Arbeiterbewegung aufzubauen.

PDS Der PDS-Kreisverband Frankfurt und der Landesverband Hessen begrüßen die Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN.

Wir schreiben das Jahr 1994 – das „Superwahljahr“. Wahlerfolge der PDS werden ein Signal sein für die Linke in der BRD, ein Erfolg, dessen Wirkung nicht zu unterschätzen ist.

Wir hoffen, daß die Sozialistische Alternative VORAN Erfolg hat, die politisierte Atmosphäre bis Oktober zu nutzen, um sozialistische Opposition innerhalb und außerhalb der Parlamente zu stärken!

Die Losung des politischen Kampfes der Gegenwart muß heißen: Kritische Solidarität zwischen der SAV, der AG Junge GenossInnen und der PDS!

Mehmet Senel, Wahlkampfleiter der PDS Frankfurt

Jusos Bremerhaven

Es ist Zeit, sich zu wehren: Gegen die Kohlregierung, gegen die Unternehmer, gegen kommunale SPD-Regierungen, die nur die Kürzungspolitik nach unten weitergeben. In unserer Stadt steht ein neuerliches Werftensterben hervor. Die Stadt wird deindustrialisiert, die Arbeitslosenquote steigt auf über 20 Prozent.



VORAN hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Bremerhavener Jusos mit einem klaren Programm auszustatten. Die Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN ist ein Schritt vorwärts, durch den wir deutlich machen können, daß wir für kämpferische Interessenvertretung stehen.

Wir begrüßen daher die Gründung und werden unseren Teil dazu beitragen, die sozialistische Alternative aufzuzeigen.

Michael Müller für den Juso-UB Bremerhaven

Alles Gute für die neue Organisation

Als ich vernahm, daß die Genossinnen und Genossen um VORAN eine neue eigenständige Organisation gründen wollen, habe ich diesen Schritt spontan begrüßt, zumal ich schon vor einem Jahrzehnt aus der SPD als Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter ausgetreten bin. Schon damals war ich der Meinung, daß kein Platz und kein Raum in dieser Partei für Marxisten mehr ist, was als äußerst bedauerlich anzusehen ist.

Sicherlich ist den Genossinnen und Genossen um VORAN dieser Schritt weg von der SPD hin zu einer eigenen linkssozialistischen Organisation nicht leicht gefallen, muß allerdings als notwendig angesehen werden.

In einer Zeit, wo 10 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind und neofaschistische Umtriebe auf der Tagesordnung stehen, finden wir eine SPD vor, die zu den übrigen bürgerlichen Parteien in diesem Land keine

Alternative bildet. Im Gegenteil, die SPD versucht dieselben Konzepte, wie sie die CDU/CSU/FDP-Regierung anbietet, in etwas anderer Verpackung an Frau und Mann zu bringen. Eine verdammt heuchlerische Sache, wenn sie gleichzeitig damit den linken Kräften in ihren Reihen die Gurgel zudrückt.

Die arbeitenden Menschen erkennen zunehmend, daß sie durch die SPD „beschissen“ werden und suchen verzweifelt nach Alternativen. Ich wünsche den Genossinnen und Genossen von VORAN, daß sie mit dieser Neugründung eine alternative Plattform zu den bestehenden Verhältnissen darstellen mögen und wünschen ihnen dafür alles erdenklich Gute.

Manfred Engelhardt, Personalratsvorsitzender des Studentenwerks Aachen, ÖTV-Vertrauensmann

(Diese Angaben dienen lediglich zur Kenntlichmachung der Person)

„Massenarbeitslosigkeit von 5-6 Millionen, Inflation und Angriffe auf soziale Errungenschaften bisher nicht gekanntes Ausmaßes – das wäre das Szenario, das sich aus einer schnellen Einführung der Währungsunion ergeben würde.“ (VORAN März 1990)

Antifaschismus

Seit Hoyerswerda und Rostock ist die Abwehr von Faschismus und Rassismus ins Zentrum des politischen Interesses vieler Jugendlicher gerückt. Aber es fehlte eine politische Organisation, die über spontanes örtliches Engagement hinaus den Rahmen für antifaschistische Arbeit hätte bieten können. Viele Jugendliche waren sowohl von parteinahen Jugendorganisationen als auch von autonomen Gruppen abgeschreckt.

Deswegen haben VORANler und marxistische Organisationen anderer Länder *Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE* gegründet.

Heute ist JRE eine unabhängige Jugendorganisation mit Basisgruppen in über 40 Orten in Ost und West, die erfolgreiche Arbeit leistet und wie die DGB-Bundesjugend schreibt: „Tausenden von Jugendlichen eine Plattform für antirassistisches Engagement geboten hat.“

Internationalismus

Sozialismus kann nicht in einem Land aufgebaut werden,

aft eingeladen, um konkrete Solidarität und direkte Verbindungen herzustellen. 40 000 DM konnten wir darüber für den Streik sammeln. Kampagnen für die Freilassung politischer Gefangene in Südafrika und Israel/Palästina, waren ebenso Teil der Arbeit.

Betrieb und Gewerkschaft

Kämpfe der Arbeiterbewegung im betrieblichen Bereich haben für uns einen zentralen Stellenwert. Keine größere Tarifaussensetzung, an der wir nicht aktiv teilgenommen hätten: von den Druckerstreiks in den 70ern, dem großen Stahlstreik 1978/79 über den Kampf um die 35-Stunden-Woche 84 bis zum ÖTV-Streik 1992 oder dem Streik gegen den Bruch des Metall-Stufentarifvertrags 1993 in Ostdeutschland.

Gegen Entlassungen und Werksschließungen gab es in der letzten Rezession Anfang der 80er Jahre eine Welle von rund 20 Betriebsbesetzungen. Wir haben konkrete Solidarität organisiert, von Videocolor in Ulm bis zur HDW-Werft in Hamburg.

Juso-UB Kassel

Seit 1989 wird die Juso-Arbeit maßgeblich von VORANlern gestaltet. Seitdem wurden viele erfolgreiche Kampagnen durchgeführt. Die Resonanz aus der Bevölkerung und die rege Beteiligung von Kasseler Jugendlichen zeigt, daß sozialistische Ideen und die daraus resultierende Politik keineswegs „out“ sind. Dies zeigt auch die Aktivenzahl der Kasseler Jusos, die im Gegensatz zum Bundestrend steigt. In dieser Zeit konnten auch zahlreiche und dauerhafte Kontakte zu anderen Organisationen vor allem aus der Gewerkschaftsbereich hergestellt werden.

Durch die Gründung der Sozialistischen Alternative VORAN werden sich auch in Kassel bessere Möglichkeiten auftun, für die Interessen von Arbeitern und Jugendlichen zu kämpfen. VORAN-Mitglieder werden auch weiterhin bei den Kasseler Jusos aktiv sein und gegen Rechtskurs der SPD kämpfen.

Thomas Brodegger

Türkei/Kurdistan



Ein höchstwahrscheinlich deutscher Panzerwagen im Einsatz in der kurdischen Stadt Sirnak

Kohl hilft Staatsterroristen

Die Kurden sind ein 30-Millionen-Volk ohne eigenem Staat. Ihr Gebiet ist reich an Wasser und Öl. Diese wirtschaftlichen Gründe, aber auch die Angst vor einer womöglich noch sozialistischen Kurdenrepublik bilden die Grundlage für die Unterdrückung der Kurden in der Türkei, Irak, Iran und Syrien.

Ingo Neumann, Kassel

In der Türkei durften die Kurden bis 1991 ihre Sprache nicht sprechen und galten offiziell als „Bergtürken“. Die Sprache ist zwar seitdem erlaubt, aber militärische Besetzung Türkisch-Kurdistan und wirtschaftliche Rückständigkeit sind schlimmer geworden. Vor zehn Jahren hat die „Kurdische Arbeiterpartei – PKK“ ihren Guerilla-Kampf aufgenommen. Aus wenigen hundert Kämpfern am Anfang ist eine Armee mit mehreren Tausend Kämpfern und einer Massenbasis in der Bevölkerung geworden.

Mit jedem Massaker an der kurdischen Bevölkerung, mit jedem zerstörtem Dorf – es sind inzwischen 900 – nimmt die Unterstützung für die PKK, in der Türkei und in anderen Ländern, zu. Die Unterstützung wäre noch größer, wenn sich die PKK

nicht auf einem nationalistischen Kurs befinden würde und den Kampf gemeinsam mit der türkischen Arbeiterklasse gegen das inoffizielle Militärregime führen würde, anstatt staatlichen Terror mit Terror gegen türkische Zivilisten zu beantworten.

Die PKK ist die größte kurdische Organisation. Sie führt einen Kampf zur nationalen Befreiung Kurdistans. Sie präsentiert sich als sozialistische, marxistische Organisation. Doch ihre konkrete Politik verbindet nicht die nationale Befreiung mit dem Kampf für eine sozialistische Umwälzung in der gesamten Türkei. Sie handelt rein nationalistisch. Mit ihren Aktionen isoliert sie sich von den türkischen und auch den deutschen ArbeiterInnen. Sie schwächt damit ihren eigenen Kampf.

Für die Regierung unter Ministerpräsidentin Tansu Ciller gibt es keine politische Lösung. Sie setzt auf das Militär. Der Konflikt ist schon lange nicht mehr auf Kurdistan beschränkt. In der ganzen Türkei sind Schriftsteller, Journalisten und Politiker, denen Kontakte zur PKK nachgesagt werden, von Folter und Mord bedroht. Sechs kurdischen Abgeordneten ist Anfang März die parlamentarische Immunität

aberkannt worden. Sie werden des Landesverrats und „separatistischer Umtriebe“ verdächtigt. Darauf steht die Todesstrafe.

Mit uns nichts zu tun?

Seit dem Verbot der PKK im November in Deutschland hat die Bundesregierung viel dafür getan, die Kurden in der Öffentlichkeit zu Tätern und Terroristen zu degradieren. Die FDP

Waffen im Wert von über 3,6 Milliarden Mark wurden der Türkei bisher geschenkt. Inzwischen werden dort Leopard-1-Panzer und MG-3-Gewehre von Heckler & Koch in Lizenz hergestellt.

fordert: „Wer fremde Bürgerkriege in Deutschland austragen wolle, muß das Land verlassen“. Kohl spricht davon, daß die türkische Regierung das „legitime Recht (habe), terroristische Gewalttaten mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen“.

Der Bundesregierung fördert das Massaker mit deutschen Waffen. Kriegsgerät im Wert von über 3,6 Milliarden Mark wurde der Türkei geschenkt. Die Waffen wurden nachweislich

gegen die PKK und die Zivilbevölkerung eingesetzt. Trotz aller von deutschen und türkischen Journalisten erbrachten Bildbeispiele will die Bundesregierung immer noch „prüfen“, ob deutsches Kriegsgerät entgegen der Absprache gegen die Kurden eingesetzt wird.

Ein Waffenstopp, jetzt, wo nur noch ein paar Restposten ausstehen, ist eine Farce. Die Rüstungshilfe geht so weit, daß inzwischen Leopard-1-Panzer und MG 3-Gewehre von Heckler & Koch in der Türkei in Lizenz hergestellt werden.

1991 noch wurde die Unterdrückung des kurdischen Volkes durch Saddam Hussein als Rechtfertigung für die Bombardements auf die irakische Zivilbevölkerung benutzt. Damals standen – nach jahrelanger Zusammenarbeit – die westlichen Wirtschaftsinteressen gegen die des Diktators.

Im Fall der Türkei ist das anders. Die Bundesregierung und die Konzerne haben strategische und wirtschaftliche Interessen an einer Partnerschaft mit dem türkischen Regime. Die Türkei ist ein wichtiger militärischer Stützpunkt, selber ein Abnehmer von Rüstungsgütern und insgesamt ein wichtiger Absatzmarkt.

Einheit der arbeitenden Menschen

Die Arbeiterbewegung und die Linke in Deutschland muß bei aller Kritik an der PKK das Selbstbestimmungsrecht der Kurden uneingeschränkt verteidigen und versuchen, engere Verbindungen zwischen kurdischen, deutschen und türkischen ArbeiterInnen herzustellen. In-

ternationale Solidarität ist nicht eine freundliche Gabe an andere Völker, sondern praktische Notwendigkeit. Mit der Verlängerung des Krieges in Türkisch-Kurdistan werden auch Spannungen zwischen Kurden und Türken hier wachsen. Gewerkschafter und Sozialisten müssen dagegen halten und die Einheit gegen die arbeiterfeindlichen Regierungen in Deutschland und der Türkei aufbauen.

Angriffe auf türkische Arbeiter

Die türkische Regierung plant harte Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung. Der Unmut darüber ist erst einmal den islamischen Fundamentalisten zugute gekommen. Ihr gewachsener Stimmenanteil ist eine Warnung für die Arbeiterklasse.

Bei den Kommunalwahlen in der Türkei Ende März blieb die „Partei des wahren Weges“ von Ministerpräsidentin Çiller mit knapp 26 Prozent landesweit stärkste Gruppierung. Insgesamt mußte ihr Regierungsbündnis aber eine Schlappe einstecken. Der sozialdemokratische Koalitionspartner SHP rutschte von fast 30 Prozent Stimmenanteil vor vier Jahren auf unter 12 Prozent ab. Gewinner der Wahlen ist die „Wohlfahrtspartei“ der islamischen Fundamentalisten, die nun in Istanbul, Ankara und einem Dutzend weiterer Großstädte die Bürgermeister stellt.

Wirtschaftskrise

Hintergrund dieses Wahlergebnisses ist die Wirtschaftskrise in der Türkei. Die Neuverschuldung stieg 1993 auf 16,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Inflationsrate auf etwa 100 Prozent. Um die Auslandsverbindlichkeiten von über 60 Milliarden Dollar abzubauen, müßte die Türkei dreieinhalb Jahre lang kostenlos exportieren und alle Touristen zum Nulltarif bewirten. Das Wirtschaftswachstum droht nach acht Prozent in 1993 in diesem Jahr ins Minus zu rutschen.

Um die katastrophale Wirtschaftslage einzudämmen, setzt Çiller auf ein Sparpaket, das harte Angriffe auf die türkische Arbeiterklasse vorsieht. Für sechs Monate sollen alle staatlichen Investitionen eingefroren werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Arbeitnehmer in den Staatsbetrieben bekommen einen Lohn- und Gehaltsstopp verordnet.

Weiterhin sind massive Steuererhöhungen und Privatisierungen staatlicher Firmen vorgesehen. Die Fluggesellschaft Turkish Airlines soll noch in diesem Jahr privatisiert werden. Die staatlichen Elektrizitätswerke (TEK) und die Post- und Telefongesellschaft sollen 1995 fol-

gen. Den Kohlengruben in Zonguldak am Schwarzen Meer und den Stahlwerken in Karabük drohen gar Stilllegung. Die ersten Preiserhöhungen traten schon zwei Tage nach der Wahl in Kraft. Die staatlich kontrollierten Benzin- und Dieselpreise wurden um bis zu 90 Prozent angehoben. Für Raki müssen die Türken jetzt das Doppelte hinblättern.

Der größte Ausgabenfaktor, die Militärforderungen, bleiben jedoch unangetastet. Der Vernichtungsfeldzug der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung verschlang 95 Milliarden Mark in den letzten zehn Jahren.

Fundamentalisten

Unmittelbar mit der Wirtschaftskrise hängt der Wahlerfolg der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (RP) zusammen. Sie hatten nicht nur gute Ergebnisse in den ländlichen Gebieten Zentralanatoliens und im Südosten, sondern auch in den Slums von Istanbul, Ankara, Izmir und Adana. Aber nicht nur unter den Armen in der Türkei, wo sich die Fundamentalisten durch Armenspeisungen und Kinderbetreuung hervortaten, ist deren Wählerschaft zu finden, sondern auch unter Akademikern und im bürgerlichen Mittelstand.

Jetzt wollen die Fundamentalisten mit „christlichen Traditionen“ aufräumen. Bordelle sollen geschlossen und der Alkoholkonsum verboten werden. Was die Bevölkerung zu erwarten hat, kann in den Orten gesehen werden, wo die Islamisten schon mehrere Jahre an der Macht sind. Dort gilt für Frauen Schleierpflicht, Fernseh- und Rundfunkgeräte sowie Tageszeitungen sind verboten. In der Stadt Konya gibt es sogar für Frauen und Männer getrennte Busse.

Die türkischen ArbeiterInnen sind einer doppelten Unterdrückung ausgesetzt. Einerseits den sozialen Angriffen der prokapitalistischen Regierung und andererseits den reaktionären Maßnahmen der Fundamentalisten. Es gilt, die kommenden Arbeitskämpfe in der Türkei zu nutzen, um die begonnenen Angriffe auf Einkommen, Meinungs- und Informationsfreiheit zurückzuschlagen.

Massenmord in Ruanda

Im Bürgerkrieg im ostafrikanischen Ruanda sind bis zu 500 000 Menschen ermordet worden. Die schon anwesenden UNO-Helfer ziehen ab – dort gibt es für den Westen nichts zu holen. In den Medien wird der Bürgerkrieg als „typisch afrikanischer Stammeskrieg“ dargestellt. Doch die europäischen Staaten sind nicht so unbeteiligt, wie sie sich geben.

Gaetan Kayitare, Aachen

Ende März wurde der verhaßte Diktator von Ruanda mit seinem Flugzeug abgeschossen. Doch statt Freudentänzen überzogen Massaker das Land. Rache für den ermordeten Diktator Habyarimana kann nicht der Grund sein. Und die Standarderklärung

der Medien, „Stammesfehden“, reicht auch nicht aus.

Der Bürgerkrieg ist nicht plötzlich ausgebrochen, sondern dauert seit Herbst 1990 an. Das Land ist längst zerrissen und zweigeteilt. Der nördliche Teil an der Grenze zu Uganda ist unter Kontrolle der Rebellenbewegung RPF (Patriotische Front Ruandas). Mehr als 1 Million Menschen leben als Flüchtlinge im eigenen Land, zwischen den Bürgerkriegsfronten – zum Nichtstun verurteilt. Der Zusammenbruch der Landwirtschaft hat in dem reinen Agrarland (mit höherer Bevölkerungsdichte als in der BRD) zum Kollaps der Wirtschaft und großer Armut geführt.

Mit einem Lineal und einer Landkarte wurde Afrika auf der Berliner Konferenz 1884 unter

den Kolonialmächten aufgeteilt. Ruanda wurde Deutschland zugeweiht, fiel aber nach dem 1. Weltkrieg an Belgien.

Erbe des Kolonialismus

Alle Kolonialmächte haben die Taktik des „Teile und Herrsche“ benutzt. Stämme und ethnische Gruppen wurden gegeneinander ausgespielt, Gegensätze künstlich geschaffen.

In Ruanda haben sie es geschafft, die ethnischen Gruppen der Tutsis und Hutus gegeneinander zu hetzen, obwohl sie die gleiche Sprache sprechen und nicht in Stammesgebieten, sondern im ganzen Land nebeneinander leben. Die Kolonialmächte haben sich auf die Minderheit der Tutsis gestützt, ihnen eine bessere Ausbildung und bessere

Jobs in der Kolonialverwaltung ermöglicht, um die Mehrheit der Hutus besser in Schach zu halten. Mit den Unabhängigkeitsbewegungen in den 50er Jahren – zuerst von der Tutsi-Elite getragen – schlug sich die belgische Kolonialmacht auf die Seite der Hutus und unterstützte 1959 bis 1961 ein Massaker an Tutsis mit Hunderttausenden von Toten und einer Massenflicht nach Uganda und Zaire.

Auch bei den heutigen Konflikten mischen die imperialistischen Staaten, vor allem Frankreich und Belgien, mit. Egal wer sich durchsetzt, die Imperialisten sitzen mit am Tisch. Die Nachkommen der Tutsi-Flüchtlinge aus dem Jahr 1959 bilden zwar das Rückgrat der bewaffneten Kräfte der RPF, aber diese ist keine ethnische oder Stam-

mesorganisation, wie es in den Massenmedien dargestellt wird. Die RPF ist schnell zu einem Sammelbecken geworden, nicht nur für Tutsis, sondern auch für Hutus, die mit der seit 1973 herrschenden Militärdiktatur unzufrieden waren.

Der Bürgerkrieg 1994

In der Führung der RPF sind auch ehemalige hohe Militärs und Funktionäre des Hutu-Militärregimes. Die RPF ist auch nicht die einzige Opposition. Es gibt mehrere Oppositionsparteien, praktisch jedoch mit einem einzigen Programmpunkt: Beteiligung ihrer Führer an der Macht.

Die klein gewordene Schar der Unterstützer des Militärregimes hat höchstwahrscheinlich selber

die Ermordung des Diktators organisiert, um sich durch das entstandene Chaos als Retter darzustellen. Sie haben selber zuerst die Führung der oppositionellen Hutus umgebracht und den Mord den Tutsis zugeschrieben. Damit konnten sie die Hutus noch einmal vorübergehend zusammenschweißen, um ihre Macht zu sichern. Sie haben damit den Tod von wahrscheinlich einer halben Million Menschen, meist Tutsi, zu verantworten.

Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit sind die Ursache der Brutalität in diesem Bürgerkrieg. Unter diesen Bedingungen zählt ein Menschenleben nicht viel. Die Verantwortung dafür tragen die imperialistischen Ausbeutermächte, die sich heute als besorgte Helfer aufspielen.

Südafrika: Wie weiter?

Die 62 Prozent für den ANC haben die Apartheid endgültig begraben. Doch was wird die Regierung unter Mandela jetzt machen?

Geert Möbius, Köln

Die vom ANC mit ausgehandelte Verfassung sieht die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit vor: Jede Partei über 5 Prozent erhält mindestens einen Minister! An den Schalthebeln der Macht zudem noch die gleichen Beamte, Generäle und Offiziere wie zu finstersten Apartheid-Zeiten.

Das Wahlergebnis ist ein Sieg der revolutionären Arbeiterbewegung. Endlich konnten alle Südafrikaner über ihre Regierung entscheiden und erwarten jetzt vom ANC eine Besserung ihrer Lage. Ein 21-jähriger Führer einer Bande arbeitsloser Jugendlichen aus dem Township Vosloorus bei Johannesburg: „Mandela ist wie Moses, er ist unser Vater. Er wird uns Schulen bauen, und Häuser und uns einen Job verschaffen“.

Viel haben wie er jahrelange

blutige Kämpfe mit staatlichen Unterdrückern und deren schwarzen Inkatha-Hilfstruppe hinter sich. Jetzt erwarten sie den Lohn für die erlittenen Opfer.

Keine Säuberungen!

Bei der letzten Massenversammlung vor den Wahlen in Soweto kam es zu einem Eklat: Viele ANC-Kämpfer kamen bewaffnet, die ANC-Ordner salutierte respektvoll vor den Verteidigungseinheiten aus den Townships. Im Stadion wurde vor Mandelas Rede Salut geschossen. Statt in seiner Basis eine sichere Unterstützung gegen reaktionäre staatliche Einheiten zu sehen war Mandela wütend: „Offenbar gibt es auch im ANC Verbrecher, die noch nicht ausgemerzt sind. (...) Wenn mir jemand bekannt wird, der hier eine Waffe mitgebracht hat, werde ich ihn sofort aus der Organisation hinauswerfen“, rief er der Menge zu. In einem Interview kurz vor der Wahl: „Streitkräfte, Polizei, Geheim-

dienste und die Verwaltung werden eine wichtige Rolle (...) spielen. Sie sind von fundamentaler Bedeutung für die Stabilität in unserem Transformationsprozeß. Die Leute, die im Kampf gegen die Apartheid Verbrechen begangen haben, sind begnadigt worden. Es ist deshalb nur fair, daß die Leute, die bei der Verteidigung der Apartheid Verbrechen verübt haben, in den Genuß einer Amnestie kommen.“

Bündnis mit den alten Herrschern

Doch die soziale Ungerechtigkeit ist noch Gegenwart. Zwar sind Wohnungsbauprogramme und Ähnliches in gewissem Umfang möglich und besonders schwarze Kleinunternehmer können jetzt auf Unterstützung hoffen. Doch die Not der Land- und Wanderarbeiter zu beseitigen, die Millionen Bewohner aus Elendssiedlungen menschenwürdig unterzubringen, würde den geplanten Einsatz großer Kapitalmengen erfordern. Verstaatlichungen sind

aber nicht geplant.

Die Rezession der vergangenen Jahre ist vorüber, doch nach der Erholung kommt die nächste. Dann werden Kapitalmangel und Staatsschulden die Regierung zwingen, entweder die Konzerne anzugreifen oder den Lebensstandard der Bevölkerung.

Die weiße Ober- und Mittelschicht und Teile der Arbeiterklasse werden sich nach den „stabilen“ Zeiten ihrer Privilegien sehnen und verstärkt Rechts-extreme unterstützen. Deren bewaffnete Einheiten stehen gut mit Teilen der Polizei und Armee. Mandela will sich trotzdem auf sie verlassen. Jetzt setzt er

auf gute Zusammenarbeit mit Konzernchefs, wie wird er sich in zukünftigen Bewegungen für höhere Löhne, für Wohnungen, Schulen und Gesundheitsversorgung verhalten?

Mandela hat den Inkatha-Chef Buthelezi, verantwortlich für den Mord an Tausenden ANC-Anhängern, zum Innenminister ernannt. Was wird Mandela tun, wenn dieser höchst offiziell staatliche Einheiten gegen demonstrierende Arbeiter einsetzt?

Die Wahlen waren ein großer Sieg. Doch der Kampf der schwarzen Arbeiter um ein menschenwürdiges Leben steht noch am Anfang. ■

Italien

Faschisten in der Regierung

Zum ersten Mal seit den 30er Jahren sind Faschisten in eine europäische Regierung eingetreten. Wie in Deutschland 1933 werden sie von wichtigen Teilen des Großkapitals und mit Hilfe bürgerlicher Parteien ins Amt gebracht.

Brent Kennedy, Köln

Auch dieses Mal unternehmen die bürgerlichen Parteien und Regierungen Europas nichts dagegen. Wir warten darauf, daß bei künftigen Staatsbesuchen CDU-, FDP- oder SPD-Minister den neuen faschistischen Ministern Italiens die Hand geben.

Berlusconi erinnert schon an Hugenberg, den Medienzar der mit Hitler koalierte. Am Jahrestag der Niederlage Mussolinis, während 300 000 ArbeiterInnen und Jugendliche gegen Alt- und Neofaschisten marschierten, brachten Berlusconi drei Privatsendern kaum etwas darüber.

Doch im Gegensatz zu damals wird das Großkapital wirklich die politische Macht direkt in seinen Händen halten und nicht den unberechenbaren Faschisten überlassen. Denn die MSI/Nationale Allianz hat keine Massenbasis, keine Miliz, und die Arbeiterklasse ist zu stark.

Kämpferische Streiks der Eisenbahner und Journalisten und Massendemos, eine halbe Million Dezember, eine Viertelmillion im April zeigen, daß die Arbeiter nur eine Wahlniederlage erlitten haben, mehr nicht.

Diese rechte Regierung wird wackelig sein. In den vier Wochen nach der Wahl sank die Unterstützung für die Lega Nord von 8,4 auf 6 Prozent, ein Zehntel der Forza-Italia-Wähler würden heute anders wählen. In den nächsten Monaten werden sie merken, daß Berlusconi's Versprechungen, die Arbeitslosigkeit zu besiegen, nichts taugen und daß auch Berlusconi und Bossi Lega korrupt sind. Sie werden merken, daß sich nichts geändert hat, daß die Herrschaft der Padrone bleibt.

Die Enttäuschten werden dann bei der Linken nach Lösungen suchen. Das Problem ist die Politik der Führung der PDS und Gewerkschaften, die keine Alternative anbieten. Sie tragen Mitschuld am rechten Wahlsieg. Wenn sie das nächste Mal versagen, dann wird die Gefahr der Reaktion ernst, dann können die Faschisten ihre Wahlerfolge in Macht und Terror auf der Straße umsetzen. ■



Eine Milliarde Arme

1,1 Mrd Menschen weltweit leben in absoluter Armut. Und trotz aller „Entwicklungshilfe“ und offiziellen Maßnahmen wird es nicht besser, sondern schlimmer. In den letzten 10 Jahren, einem Jahrzehnt der Marktöffnungen, des Wirtschaftsliberalismus und der Deregulierung, ist weder die Zahl der Armen verringert, noch ihre Lage erleichtert worden. So ein Bericht der UNO. Boutros Ghali meint dazu, daß der beste Weg, diese Menschen aus der Armut zu helfen, sei, ihnen Arbeit zu geben. Gerade da versagt die Privatwirtschaft, denn 30 Prozent der insgesamt 2,8 Milliarden Menschen im arbeitsfähigen Alter haben keinen Arbeitsplatz.

Enttäuschung

Vom Regen in die Traufe, so kommt sich die Mehrheit der Menschen in Osteuropa vor. Die bürokratische Kommandowirtschaft unter dem Stalinismus war schon schlimm genug, aber jetzt erfahren sie, daß die die Marktwirtschaft ihre Lage verschlechtert. In den letzten 12 Monaten ist die Wirtschaft in den GUS-Staaten um 13 Prozent gefallen, nach einem Rückgang von 20 Prozent 1992. In diesem Jahr soll der Talfahrt nur in Polen, der Tschechischen Republik und Slowenien aufgehalten werden.

Der große Hoffnungsträger von vor 5 Jahren, die „private Initiative“ der freien Marktwirtschaft, hat nur die Rosinen aus Osteuropa rausgepickt. Seit der Wiedereinführung des Kapitalismus 1990 haben westliche Firmen nur 10 Milliarden DM in Osteuropa investiert, 80 Prozent davon in Ungarn und Tschechien. Jetzt warnt die UNO-Wirtschaftskommission für Europa, daß die sozialen Folgen, die Arbeitslosigkeit, Armut und drastisch sinkende Lebensstandard eine „schädliche Desillusionierung in den Markt-Reformen fördert.“



Große Erwartungen bei den feiernden ANC-Anhängern: Die Apartheid ist zerschlagen, aber wie werden die sozialen Verhältnisse für die schwarze Bevölkerung verbessert?

SCHREIBT UNS! Briefe an die Redaktion

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Psychische Abhängigkeit entscheidend

Für diejenigen, die die Sportchau nicht abwarten können und samstags um 18 Uhr SAT I einschalten, ist es bekannt: „Becks Bier präsentiert ...“ ... Sportler, die für „Keine Macht den Drogen“ eintreten. Jene Kampagnenmacher sind in die gleiche Falle getreten wie Daniel Beruhzi in seinem Artikel in der VORAN Nr. 160, in dem er gute und schlechte Suchtmittel genau zu unterscheiden weiß.

Das Bild der Kifferin mit dem Untertitel „Kiffen ist nicht der Einstieg in eine Drogenkarriere, sondern besser zu kontrollieren als Alkohol“, hätte auch ersetzt werden können durch einen ganz gewöhnlichen Alki mit Aldi-Bierdose und dem Untertitel „Trinken ist nicht der Einstieg in eine Drogenkarriere,

sondern besser zu kontrollieren als Opiate“. Oder das Bild eines Fixers mit dem Untertitel „Heroin ist ... besser zu kontrollieren als Crack.“ Alle Aussagen haben zwei Gemeinsamkeiten: 1. Sie sind richtig. 2. Sie sind für Betroffene wertlos.

Natürlich ist es richtig, daß Alkohol, Haschisch und Heroin unterschiedliche Suchtpotentiale haben. Aber im Verlauf meiner eigenen Entziehungskur und vor allem in der Zeit danach habe ich lernen müssen, daß die körperliche Abhängigkeit nicht entscheidend ist. Wie sollte auch. Nach einer mehrwöchigen „Entgiftung“ ist die Sache mit den körperlichen Entziehungerscheinungen erst einmal gegessen, so schlimm sie auch gewesen sein mögen. Alle Rückfälle basieren auf der psychischen Abhängigkeit, die auch bei Haschischmißbrauch entstehen kann. Nicht zu vergessen die stoffunabhängigen Süchtigen wie Spieler, die sich ruinieren und nicht selten Selbstmord begehen.

Was hat nur Daniel oder VORAN oder gar die sozialistische

Bewegung den Süchtigen zu bieten? „Hammern und sicheln statt jammern und picheln“. Als ob klassenbewußte Sozialisten vor Süchtigen gefeit wären. Es wird geschätzt, daß 5 Prozent aller Deutschen Alkoholiker sind. Ich behaupte, daß der Anteil auch bei VORAN nicht geringer ist.

Ich stimme Daniel zu: „Wir müssen eine Gesellschaft schaffen, in der die Menschen nicht mehr der Realität entfliehen müssen und deshalb bewußt mit Drogen umgehen können.“ Aber was empfiehlt Daniel den Süchtigen, die jetzt leben – im Kapitalismus? Mehr VORAN verkaufen? Intensiver Trotzki lesen? Keine Macht den Vereinfachern.

Stefan, Stuttgart

Pflanzenschutzmittel in Babynahrung

Warum füttern 90 Prozent aller jungen Eltern mit Baby-Gläs-

chenkost? Einmal aus Bequemlichkeit, um nicht selber kochen zu müssen, zweitens aus Unwissen über Zusammensetzung und gesunde Zubereitung von Nahrung.

Natürlich kann man wählen zwischen teuren Markenprodukten und Waren der Billiganbieter. Da wir aber in unserer „sozialen, kinderfreundlichen“ Gesellschaft ja so viel Geld zur Verfügung haben, bleibt vielen Eltern nur die preiswerte Alternative.

Der Käufer möchte dem Kind nur Gutes tun und glaubt den strengen Lebensmittelgesetzen. Er vertraut auf vorgeschriebene Maßnahmen, an die sich die Hersteller halten müßten, und an gründliche Kontrollen nach dem Motto: „Alles Gute für das Kind.“

Wie erschreckend ist die Wirklichkeit: Babykost durch Pflanzenschutzmittel verseucht. Ein Löffelchen Möhrenbrei aus Bioanbau mit etwas Lindan garniert läßt die Babyherzen schneller schlagen, vor allem die der Eltern, die feststellen müssen, daß sich diese Gesellschaft

wiederum die Kleinsten und Hilflosesten als Opfer sucht.

Unsere Tochter ist jetzt vier Monate alt. Dank der Hilfe unserer Hebamme kann Frederike jetzt noch voll gestillt werden. Sonst würde sie auch zu jenen Babys gehören, die ab der sechsten Lebenswoche Brei bekommen. Dankeschön an Marion!

Sybille und Janos, Berlin

PDS in Marzahn

Obwohl der Arbeitslosenverband (ALV) mobilisiert hatte, erschienen nur 30 Leute zu der PDS-Wahlkampfveranstaltung mit Hans Modrow in Marzahn. Davon waren 75 Prozent über 50 Jahre alt. Das Thema „Europa einig – und Deutschland?“ versprach auch nicht sehr viel, wenn man bedenkt, welche bedrückenden Sorgen die Bürger zur Zeit haben.

Dr. Mordrow redete auch eifrig und viel, die eigentlichen Probleme wie soziale Not und Arbeitslosigkeit wurden nur ge-

streift. Erst auf konkrete Nachfrage von uns nahm er Stellung dazu. Leider erschöpfte sich dies in Phrasen wie „Arbeit neu bewerten“ oder „soziale Union“.

Auf erneute Anfrage, wie die PDS dies finanzieren wolle, kam etwas Bewegung in den Saal, die Leute nickten zustimmend. Viele der Anwesenden gaben uns recht, als wir sagten, man müsse man das Geld den Unternehmern wegnehmen, die verantwortlich sind für unsere Sorge um die Arbeitsplätze. Die Frage, ob die PDS noch für den Sozialismus kämpft, wurde von Modrow nicht beantwortet – schade eigentlich.

Über die Hälfte der Anwesenden kaufte die VORAN, einige interessante Gespräche über die Lösung der drängenden Probleme entwickelten sich zum Abschluß der Veranstaltung.

Trotz der genannten Schwächen der PDS werden wir VORANler in Marzahn die PDS in ihrem Wahlkampf kritisch unterstützen und Gespräche mit ihren Mitgliedern suchen.

Sascha und Patrick, Berlin-Marzahn

REPs sind Brandstifter

Auch wenn REPs oder DVU bei den ersten beiden Wahlen des Superwahljahres 94 in Niedersachsen und Schleswig-Holstein deutlich unter der 5-Prozent-Hürde geblieben sind, so darf keinesfalls die Gefahr unterschätzt werden, die von diesen Parteien ausgeht.

Wolfgang, JRE-Mitglied, Frankfurt

Dies zeigt das Beispiel der Republikaner, die sich gerne als demokratische Partei ausgeben, aber durch die Äußerungen ihres „Führers“ Schönhuber ihr wahres Gesicht zeigen, wie jüngst bei der antisemitischen Hetze gegen Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrats der deutschen Juden. In ihren Publikationen stellen sich die REPs gerne als Partei der kleinen Leute dar. Mit ihrer selbstgewählten Bezeichnung „Sozialpatrioten“ bedienen sie sich ähnlicher Methoden wie die NSDAP mit ihrer Namensgebung als „... sozialistischer ... Arbeiterpartei“. Nur mit diesem sozialen Anstrich können sie ihre faschistische Politik verkaufen.

Welche Haltung sie wirklich gegenüber den Arbeitern haben, zeigt die Absicht, den Deutschen Gewerkschaftsbund mit seinen Einzelgewerkschaften auflösen zu wollen. Stattdessen wollen die REPs eine „gewerkschaftliche Vielfalt“ – mit dem Ziel, daß dann aufgrund der nicht mehr existierenden Mas-

senbasis keine Streiks möglich wären. Die Gewerkschaften würden schnell in der Bedeutungslosigkeit versinken. Gleichzeitig wird gegenüber den Unternehmern mit Schlagworten wie „Investitionsanreize“, „Ab-

dem Sport. Inhaltlich darf man sich nicht von den verwendeten Begriffen wie „Gleichberechtigung, gleichwertig“ blenden lassen. Der Text selbst spiegelt die sexistischen und frauenfeindlichen Standpunkte wieder. So

Männer „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ gefordert. Da der Begriff „Leistung“ jedoch nicht objektiv faßbar ist, bedeutet die REP-Losung, die Arbeit von Frauen schlechter zu bewerten und zu entlohnen als die Arbeit von Männern und Frauen unter schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiten zu lassen.

REPs gegen Gewalt?

Die Republikaner lehnen Gewalt gegen Personen oder Sachen gleichermaßen ab – zumindest auf dem Papier. Doch nach Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes haben sich Funktionäre an fremdenfeindlichen Gewalttaten beteiligt. Zwei REPs haben in Mühlheim/Ruhr eine „Scheinhinrichtung“ durchgeführt: der 56jährige Mustafa Demirel starb an einem Herzinfarkt.

Weitere Vorfälle: Ermittlungen gegen REPs wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. „Der Führer hat von alledem nichts gewußt?“ Jetzt ist herausgekommen, daß Schönhuber von einem Überfall von REP-Funktionäre auf eine Ausländerunterkunft in Bergheim bei Köln wußte. Er half mit, diesen „Ausrutscher“ zu vertuschen.

„Andere Völker achten wir ...“?

Der Schwerpunkt der REP-

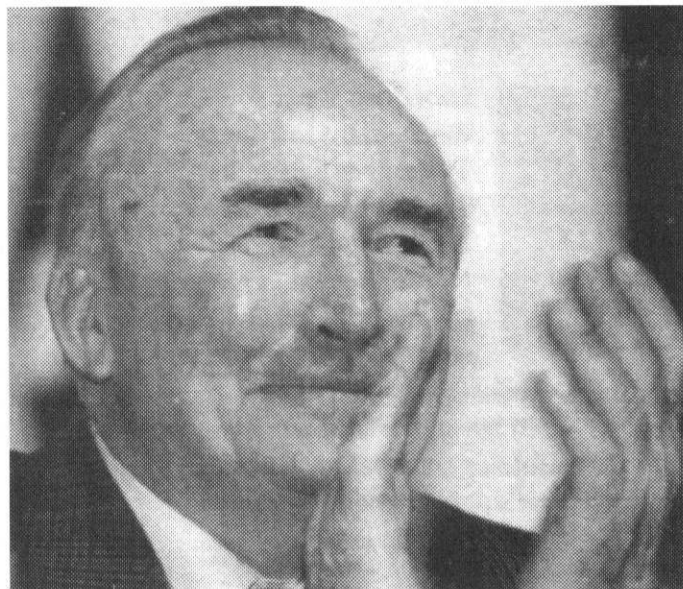
Propaganda ist die ständige Hetze gegen Ausländer, die sich durch das Parteiprogramm wie ein brauner Faden zieht. Ausländer werden als Sündenböcke für die verfehlten, auf den Profit der Unternehmers ausgerichtete Politik der bürgerlichen Parteien hingestellt.

Doch wer baut soziale Errungenschaften in diesem Land immer weiter ab, der Flüchtling oder die große CDU/CSU/FDP/SPD-Koalition? Wer ist schuld an den 6 Millionen Arbeitslosen, die Einwanderer – oder die Kon-

zerne und die Treuhandanstalt mit ihrem Abbruch Ost?

Die letzten Zweifel an dem faschistischen Charakter sollten mit dem Ruf nach einer starken ordnenden Hand, dem Aufbau eines Polizeistaates und dem Anspruch Deutschlands als Führungsmacht in Europa (natürlich in den Grenzen von 1937) ausgeräumt sein.

(Quellen: REP-Parteiprogramm 1993, Broschüre „Stopp Schönhuber!“, vom Aktionskomitee gegen Rassismus und Faschismus, TAZ vom 8. 4. 94)



REPs an Überfällen beteiligt – und der Führer hat nichts gewußt?

schaffung der Gewerbesteuer“, „vorrangige Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ gebuckelt, was das Zeug hält.

Frauen-Diskriminierung

Welche Bedeutung Frauen beigemessen wird, zeigt sich schon im Umfang des entsprechenden Programmabschnitts, dem nicht mehr Platz eingeräumt wird als

wird von den REPs gefordert, Frauen „in politischer wie auch in sozialer Hinsicht grundsätzlich gleichwertig, aber keinesfalls gleichartig zu behandeln“.

Mit der häufig benutzten Wortkombination der „Frau als gleichwertiger Partner“ ist ein Selbstbestimmungsrecht der Frau faktisch ausgeschlossen. In dem Abschnitt „Arbeit und Soziales“ wird für Frauen und

Länderspiel am 20. April

1:0 für AntifaschistInnen?

Das für den 20. April in Berlin geplante Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und England wurde wenige Tage zuvor vom englischen Fußballverband abgesagt. Ist dies ein Sieg für die antifaschistische Bewegung?

Dirk Aschoff, Berlin, JRE-Mitglied

Der 20. April, Hitlers Geburtstag, ist traditioneller „Feiertag“ der Faschisten. Sie machen durch Aufmärsche und Übergriffe auf sich aufmerksam. Der Senat von Berlin wollte ihnen in diesem Jahr einen besonderen Anlaß dafür liefern. Im Berliner

Olympiastadion sollte das Fußball-Länderspiel Deutschland gegen England stattfinden. Die Faschisten beider Länder mobilisierten dafür.

Hamburg, wo das Spiel ursprünglich ausgetragen werden sollte, sagte das Spiel aus Sicherheitsgründen ab. Der Berliner Senat nahm es dankend an. Die CDU witterte ihre Chance, die Frage der „inneren Sicherheit“ in den Vordergrund zu rücken. Am 20. April sollte mit einem Aufgebot von 10 000 Polizisten die Notwendigkeit staatlicher Aufrüstung dargestellt werden.

„Die Autonomen“ sollten die

Unruhestifter sein. Wochen zuvor erschienen in Zeitungen Berichte, daß „Autonome“ im Zusammenhang mit ihrem Willen, das Spiel zu verhindern, auch vor Mord nicht zurückschreckten.

Bündnis gegen das Spiel

Ein Bündnis, mit dem Ziel, das Länderspiel zu verhindern, hatte sich gebildet. Beteiligt waren Bündnis 90/Grüne, PDS und autonome Antifa-Gruppen. JRE hingegen trat dafür ein, nicht gegen das Spiel zu kämpfen, sondern zu versuchen, auch im und um das Stadion eine Mobilisierung durchzuführen und die Fans einzubeziehen. Allerdings beteiligten sich am Bündnis „Kein Länderspiel am 20. April“ mehr Leute und Organisationen, sie brachten auch schneller öffentlichkeitswirksame Aktionen auf die Beine.

Die britische „Football Association“ sagte das Spiel wenige Tage vorher ab, die Hauptforderung des Bündnisses war damit erfüllt.

Absage kein Sieg

Doch die Absage des Spiels war in keiner Weise ein Erfolg der AntifaschistInnen. Dieses Ziel hatte die antifaschistische Bewegung in der Defensive gehalten, zur Passivität verurteilt. Die Aktionen des Bündnisses, wie die Demo am 9. April, waren sehr schlecht besucht und auf die „Szene“ beschränkt. Die Chance zu einer Gegenmobilisierung wurde nicht genutzt, die Entscheidung der englischen „Football Association“ überlassen, die wirklich ihre eigenen Motive für die Spielabsage hat-

Aachen

Kampagne gegen Nazi-Richter

Am 22. April wurde Altnazi Nahrat seines Amtes enthoben. Rund einen Monat vorher hatte die ÖTV Bochum im Rahmen einer Kampagne gegen Faschisten im öffentlichen Dienst endtdeckt, daß Nahrat seit Anfang 1992 als ehrenamtlicher Richter im Sozialgericht Aachen tätig war.

Zur Person: Wolfgang Nahrat (64), seit 1965 Mitglied der NPD, langjähriger Bundesführer der Wiking-Jugend, Spitzenkandidat der NPD bei den jetzigen Europawahlen. Die Reaktion des Aachener Sozialgerichts: man könne nichts unternehmen, „einfache“ NPD-Mitgliedschaft reiche nicht aus. Es gäbe keine „Beweise für rechtsextreme Aktivitäten“.

Schon im März 1993 hatte Nahrat für ein Flugblatt von Wiking-Jugend, FAP und NPD ver-

antwortlich gezeichnet, in dem Drohungen gegen JRE-AktivistInnen ausgesprochen wurde. Im Sommer letzten Jahres spielte die Skinhead-Band „Noie Werte“ vor 100 Neonazis auf Narahs Privatgrundstück

JRE brachte den Fall in Lokalzeitungen, Rundfunk und Fernsehen. VORAN und JRE organisierten gemeinsam eine Protestaktion vor dem Aachener Gericht und demonstrierten zusammen mit der ÖTV vor dem Sozialgericht in Essen.

Nur durch massive Öffentlichkeitsarbeit ist es gelungen, Nahrat aus seinem Amt zu jagen. Aber Nahrat war nicht der erste oder letzte Nazi-Richter in Deutschland. Wer sich auf die Justiz verläßt, ist selbst verlassen. Es ist an uns, sie zu stoppen. Wir hoffen weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit der ÖTV.

Der heiße Tip

Das darf niemand verpassen!



Im Stau steckenbleiben auf dem Weg nach Südfrankreich? Im schottischen Hochland mal so richtig raßwerden? Oder lieber in Deutschland bleiben und Dauerstreß mit dem Nachbarn haben?

Warum Kompromisse eingehen, wenn man alles auf einmal haben kann? Kommt zum JRE-Sommercamp nach Reinwarzhofen, Bayern.

Gelegen in der Nähe des Naturparks Altmühltal im Kreis Roth bietet der Zeltplatz Reinwarzhofen alles, was man als Basis für einen anspruchsvollen Aktivurlaub braucht. Deshalb werden in diesem Jahr auch 1500 Jugendliche aus ganz Europa zum internationalen „No pasaran“-Sommercamp kommen, das JRE dort veranstaltet.

Und warum?

Es gibt ein Programm, das das Herz jeder Antifaschistin höher schlagen läßt. Widerstandskämpfer von damals und heute berichten. Wir erwarten einen Österreicher, der schon in den dreißiger Jahren gegen den Hitler-Faschismus kämpfte, Tommy Sheridan, der die Anti-Poll-Tax-Bewegung in den 80er Jahren in Großbritannien anführte und damit mithalf, Maggie Thatcher zu kippen, sowie Philemon Mauku, einen ehemaligen politischen Gefangenen aus Südafrika, der wegen Mitgliedschaft im ANC und Waffenbesitz (zur Selbstverteidigung seines Stadtteils) jahrelang einsaß.

Ist das alles?

Natürlich nicht! Nach derart

hochkarätigen politischen Veranstaltungen braucht man bekanntlich einen Ausgleich, um zu relaxen. Einige werden diesen Ausgleich wahrscheinlich in sportlicher Betätigung finden, denn auch dafür ist gesorgt.

Andere werden ihre körperlichen Kräfte schonen, um bei unseren Konzerten die Sau rauslassen. Wir werden natürlich nicht für jeden Geschmack was dabei haben, schließlich soll es ja im nächsten Jahr auch noch was zu verbessern geben, aber mindestens drei Konzerte stehen fest. Slime, Gunshot, Fun^da^mental, Normahl und andere Gruppen werden dafür sorgen, daß abends keine Langeweile aufkommt.

Oder warum sollte man den Abend nicht mal ganz ruhig angehen und nach dem Abendbrot erstmal gemütlich seinen Saft oder sein Bierchen im Camp-Kino schlabbern?

Wie kommt man hin?

Natürlich kann auch JRE so ein Camp nicht ganz umsonst anbieten. Wir müssen leider 280 DM für westdeutsche TeilnehmerInnen und 200 DM für ostdeutsche verlangen.

Wer teilnehmen will, muß diesen Betrag bis zum 30. 6. überweisen. Wir bieten auch Ratenzahlung an! In jedem Fall Namen und Anschrift auf dem Einzahlungsschein nicht vergessen.

Die Hinfahrt zum Camp wird jeweils über die JRE-Gruppen organisiert. Informationen darüber bekommt ihr nach der Anmeldung.

Das JRE-Camp-Team

International Anti-Nazi-Camp

von Jugend gegen Rassismus in Europa

Vom 13.-20. August findet das internationale JRE-Sommercamp 94 in Reinwarzhofen (Bayern) statt. Für Westdeutsche kostet das Camp einschließlich Verpflegung 280 DM, für Ostdeutsche 200 DM.

Wenn Du kommen willst, sende den Abschnitt ein und überweise mindestens ein Viertel des Teilnehmerbeitrags auf das Konto 415870000 bei der Kölner Bank, BLZ 37160087.

Infos gibt's unter: 02 21/72 80 06

Ja, Ich melde mich zum JRE-Camp an. Ich habe ...

eine Anzahlung von _____

den vollen Betrag überwiesen.

Adresse, Telefon _____

Ausschneiden und einsenden an: JRE, Postfach 30 06 29, 50776 Köln

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Warnstreiks der Einzelhandels-KollegInnen im Osten Berlins für die Angleichung an die West-Löhne waren von kämpferischer Stimmung geprägt.

Antje Zander, Berlin

In vielen Betrieben hatte die Urabstimmung 100 Prozent für den Streik gebracht. Eine Demonstration von 4000 KollegInnen zog durch die Innenstadt. Die TeilnehmerInnen, zu 90 Prozent Frauen, riefen Parolen: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „Alle Kassen stehen still, wenn die zarte Hand es will“.

Für viele war es der erste

Streik. Sie waren enthusiastisch dabei. Auf dem Kundgebungsplatz waren sämtliche Telefonzellen blockiert, weil die KollegInnen immer wieder in ihren Betrieben und bei Zuhause-Geblienen anriefen, um sie zu überreden, zur Kundgebung zu kommen.

Die Supermarkt-Ketten im Berlin verkaufen zu West-Preisen und zahlen nur 70 Prozent. Klar, daß die KollegInnen mit voller Überzeugung für die 100 Prozent kämpfen. Weitere Forderungen sind Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Beschäftigungssicherung.

VW: Folgen der 4-Tage-Woche

Die Regelung bei VW, die Arbeitszeit nur bei teilweisem Lohnausgleich zu verkürzen, wird von Unternehmern, Politikern und einigen Gewerkschaftsführern als Modell der Zukunft gepriesen.

Bernd und Thorsten, VW Kassel

Seit Januar besteht die 4-Tage-Woche bei VW. Viele Kollegen haben sich seitdem einen Nebenjob gesucht. Für diese bedeutet der Versuch eines finanziellen Ausgleiches weniger Freizeit, da die Nebentätigkeit in der Regel schlechter bezahlt werden.

Lohneinbußen von durchschnittlich 17 Prozent sind die Folge der Arbeitszeitverkürzung. Jedoch nicht alle arbeiten 4 Tage. Flexibilisierung und Leistungsverdichtung sind heute gang und gäbe bei VW.

Die Umsetzung der 4-Tage-Woche sieht von Bereich zu Bereich unterschiedlich aus. Die Mehrzahl hat freitags frei. Andere wiederum montags, andere rollieren (Freizeit an verschiedenen Tagen). In Wolfsburg, Salzgitter, Hannover und Braunschweig wurde die 5-Tage-Woche mit 28,8 Stunden beibehalten. In Kassel arbeiten einige Bereiche drei Tage, andere fünf Tage, zum Beispiel der Ersatzteilbereich.

Es gibt Werksangehörige, die donnerstags oder freitags frei haben, dann aber samstags arbeiten, aber keine Zuschläge für die Wochenendarbeit erhalten.

Stahl-Tarife

Nullforderung, Nullergebnis

Zum ersten Mal in der Geschichte der IG Metall gingen die Verhandlungsführer der Gewerkschaft ohne Forderungen in die Stahl-Tarifrunde. Schon in der zweiten Tarifrunde kamen sie zu einem faulen Kompromiß.

Die IG-Metall-Führung hat noch nicht einmal erreicht, daß durch das Vorziehen der 35-Stunden-Woche betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr vollzogen werden dürfen. Arbeitsplätze sind weiterhin bedroht: nach Meinung der Stahl-Bosse gibt es einen Überhang von 20 000 Arbeitsplätzen.

Zum Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit von 36,5 auf 35 Stunden werden die Tariflöhne um 4,29 Prozent erhöht, es gibt also Lohnverlust plus Teuerung. Die Gehälter und die Ausbildungsvergütungen bleiben unverändert.

Patrick Weber, IG-Metall-Mitglied, Siegen

Gewerkschaftliche Jugendarbeit

Siegen: Angst vor kritischer Basis?

Seit einigen Wochen existiert in Siegen ein Kreis kritischer Gewerkschafter. Als von diesem Kreis die Initiative zur Wiederbelebung der DGB-Jugend ausging, sahen einige Gewerkschaftsfunktionäre rot.

Lutz Koroleski, Juso-Vorsitzender, Siegen

Im Kreis kritischer Gewerkschafter treffen sich vor allem jugendliche Aktivisten, darunter auch VORAN-Mitglieder. Vor kurzem kam die Idee auf, die eingeschlafene DGB-Jugend wiederzubeleben. Zu diesem Zweck sollte am 30. April eine Vor-Mai-Fete stattfinden.

Der Juso-Unterbereich unterstützte die Sache, mietete die Halle an, zwei Bands sollten spielen. Zwei Wochen vorher wurde der DGB-Sekretär informiert und zu den Vorbereitungs-treffen eingeladen.

Der lange Arm der Bürokraten

Doch dann fing der Ärger an. Die Hallenverwaltung drohte uns mit Kündigung des Mietvertrages, weil wir angeblich nichts von einer Fete mit „lauter Musik“ gesagt, sondern von einer offiziellen Gründungsveranstaltung gesprochen hatten. Das war gelogen. Der wahre Grund: Ein Raum über uns feierte eine „gediegene Gesellschaft“. Um die nicht zu stören, mußten wir unsere Fete verkleinern, Tische und Stühle in den Saal stellen.

Einen Tag danach kam ein Rundschreiben der IG Metall an die Mitglieder des Ortsjugendausschusses (OJA) der IGM. Dort hieß es, daß man von einer DGB-Jugend-Gründungsfete nichts wisse und „... keine von den Einzelgewerkschaften losgelöste Gewerkschaftsjugendarbeit tolerieren würde ...“. Die beteiligten IGM-Mitglieder, einer davon stellvertretender OJA-Vorsitzender, hätten mit Konsequenzen zu rechnen. Gegenüber dem OJA-Vorsitzenden der Postgewerkschaft, der die Veranstaltung mit angestoßen hatte,

sagte der DGB-Kreisvorsitzende, daß dieser, ein erfahrener Gewerkschaftsaktivist, von „bestimmten politischen Kräften mißbraucht“ würde und verbreitete Unwahrheiten über Jusos und SAV-Mitglieder. Auf die Frage, ob die Veranstaltung abgesagt werden sollte, antwortete der DGB-Chef jedoch mit „nein“.

Zwei Tage später war in der Presse zu lesen, der DGB wisse von nichts und die betreffenden „bisher nicht bekannten Leute hätten offenbar vor, der Gewerkschaftsbewegung im Siegerland schweren Schaden zufügen zu wollen“. Außerdem würden die Interessen der Jugendlichen sowieso vom DGB-Vorstand und den Einzelgewerkschaften vertreten. Eine DGB-Jugend wäre überflüssig.

Schließlich wurde uns am Tag der Veranstaltung per Boten die endgültige Kündigung des Hallenmietvertrages zugestellt. In der Begründung wurden die selben Formulierungen gebraucht wie in der Presseerklärung des DGB-Chefs. Offenbar hatten die SPD-Gewerkschaftsfunktionäre Druck auf die SPD-Stadtverwaltung ausgeübt.

Zoff am 1. Mai

Unsere Antwort war eine Spontandemo vor der Halle. Den 100 anwesenden Jugendlichen erklärten wir, aus welchen Gründen unsere Veranstaltung verhindert worden war. Fast alle trugen sich in die Unterstützerlisten für die Neugründung einer DGB-Jugend ein.

Auf der Kundgebung am 1. Mai – gleich nach dem Kirchengang (!) – stürzten sich Gewerkschaftsfunktionäre auf uns, als wir Unterschriften für die DGB-Jugend sammelten. Sie veranstalteten heftiges Geschrei und versuchten uns einzuschüchtern. Von Gewerkschafts- und Partei-ausschlüssen war die Rede. Ein Funktionäre verglich uns mit den Faschisten (!), die „für ihre Treffen ebenfalls falsche Namen und Veranstaltungszwecke angäben“.

Werftensterben

In Bremerhaven werden in den nächsten Jahren wahrscheinlich beide verbliebenen größeren Werften geschlossen. Die Arbeitslosenquote würde damit auf über 20 Prozent steigen.

Das sozialdemokratische Management des Bremer-Werftenverbundes fürchtet die Reaktion der betroffenen Arbeitnehmer und spielt daher auf Zeit und die Belegschaften beider Betriebe gegeneinander aus.

Auf der Schichau-Seebeck-Werft (SSW, 2200 Arbeitsplätze bisher) wurden die Mittelfünftiger verrentet, die Ausbildungsplätze abgebaut, anderen Arbeitern wurden ihre Arbeitsverträge abgekauft. Der Belegschaft wurde ihr Nicht-Aufmucken mit einer lächerlichen Bestandsgarantie bis 1996 abgekauft.

Als nächstes will der Verbund die Lloyd-Werft mit der SSW fusionieren. Die Betriebsversammlung der SSW verlangte daraufhin, die Lloyd-Werft nur als Tochter zu akzeptieren und wollte als „Einstiegsbesen“ den Abbau von 600 (von 1100) Arbeitsplätzen bei Lloyd, in der irrigen Hoffnung, damit die eigenen Jobs zu sichern.

Weder die IG Metall noch die ehemalige linke Betriebsratsmehrheit bei SSW haben den KollegInnen eine Alternative aufgezeigt, wie der Widerstand organisiert werden kann.

Die Beschäftigten bei Lloyd setzen in ihrer Verzweiflung auf „die Politik“, auf Magistrat und Stadtverordnetenversammlung.

„Die Politik“ hat über die bürgerliche Monopolzeitung und deren Kampagne „Ohne Arbeit stirbt die Stadt“ an sich selbst appelliert, „alles zu tun“ oder wenigstens den Arbeitsplatzabbau „sozialverträglich“ zu gestalten. Doch diese Heuchler wußten schon seit dem Herbst 93 von den Plänen!

Die Pläne des Werftenverbundes werden der Stadt endgültig das industrielle Rückgrat brechen und eine Situation wie im Osten herbeiführen.

Wir werden jetzt eine Kampagne für den gemeinsamen Kampf aller ArbeitnehmerInnen starten, um die Spaltungsstrategie des Verbundes zu durchkreuzen und eine Perspektive für den Erhalt der Arbeitsplätze aufzuzeigen.

Michael Müller, Bremerhaven

Auf unsere Argumente für den Aufbau der Gewerkschaftsjugend antworteten sie nur mit der Wiederholung irgendwelcher Satzungsklauseln. Doch viele KollegInnen verfolgten die Auseinandersetzung und trugen sich demonstrativ in unsere Unterschriftenlisten ein. Allein auf der mäßig besuchten Mai-Kundgebung sammelten wir mehr als 300 Unterschriften.

Gewerkschaft demokratisieren!

Wir konnten anhand dieses Beispiels einigen KollegInnen die gewerkschaftlichen Strukturen unser Programm sehr gut deutlich machen: Viele Funktionäre sind mittlerweile völlig abgehoben von denen, deren Interessen sie eigentlich vertreten sollen. Sie verdienen genug Geld, um ihren Frieden mit den Unternehmern zu machen. Statt

gegen die zunehmenden Angriffe auf die Rechte und den Lebensstandard einen konsequenten Kampf zu führen, versuchen sie, solch faule Kompromisse wie den letzten Tarifabschluß auch noch als Erfolg darzustellen.

Kritische Basis-Aktivisten können sie als allerletztes gebrauchen. Sie versuchen, solche Ansätze im Keim zu ersticken.

Wir werden uns von ihnen nicht einschüchtern lassen und bauen auf die Unterstützung der kritischen KollegInnen. Wir werden weiter für unsere Ziele kämpfen.

● Für einen konsequenten Kampf der Gewerkschaften gegen die Angriffe von Kohl und Unternehmern. Für Arbeitsplätze und gegen den sozialen Kahl-schlag

● Für jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre



März 1993: VORAN-Mitglieder haben den Protest von Azubis gegen den Arbeitsplatzabbau im Stahlwerk mitorganisiert.

Banktarife

Kosten runter, Profite rauf

Personalkosten sollen eingespart werden, angeblich um kriselnde Unternehmen wieder auf die Beine zu bringen. Daß auch im Bankenbereich, der zur Zeit Rekordprofite einfährt, Reallohnsenkungen durchgesetzt wurden, zeigt die Verlogenheit dieser Behauptung.

Miriam Überall, HBV-Mitglied, Kassel

Berufe, die bis vor einiger Zeit noch als „sichere und krisenfesteste Arbeitsplätze“ galten, sind mittlerweile ebenfalls von Massenentlassungen sowie Angriffen auf Löhne und Gehälter von seiten der Arbeitgeber bedroht.

Im Bankgewerbe ist die Tarifrunde auch abgeschlossen. Das Ergebnis: Eine 2prozentige Gehaltserhöhung ab 1. April sowie eine einmalige 300-DM-Zahlung für die Monate Februar und März.

Von den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaften ist dieses Ergebnis weit entfernt. So sind weder Zusagen zur Beschäftigungssicherung gemacht worden noch sind die Arbeitgeber auf Forderungen nach einem Fahrtkostenausgleich für Azubis eingegangen. Ebenso gibt es keine Arbeitszeitverkürzung, im Bankenbereich herrscht noch immer die 39-Stunden-Woche.

Abgelehnt wurden von vorneherein eine Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung, das Recht auf Teilzeitarbeit mit garantierter Rückkehr zur Vollzeit sowie die Geltung

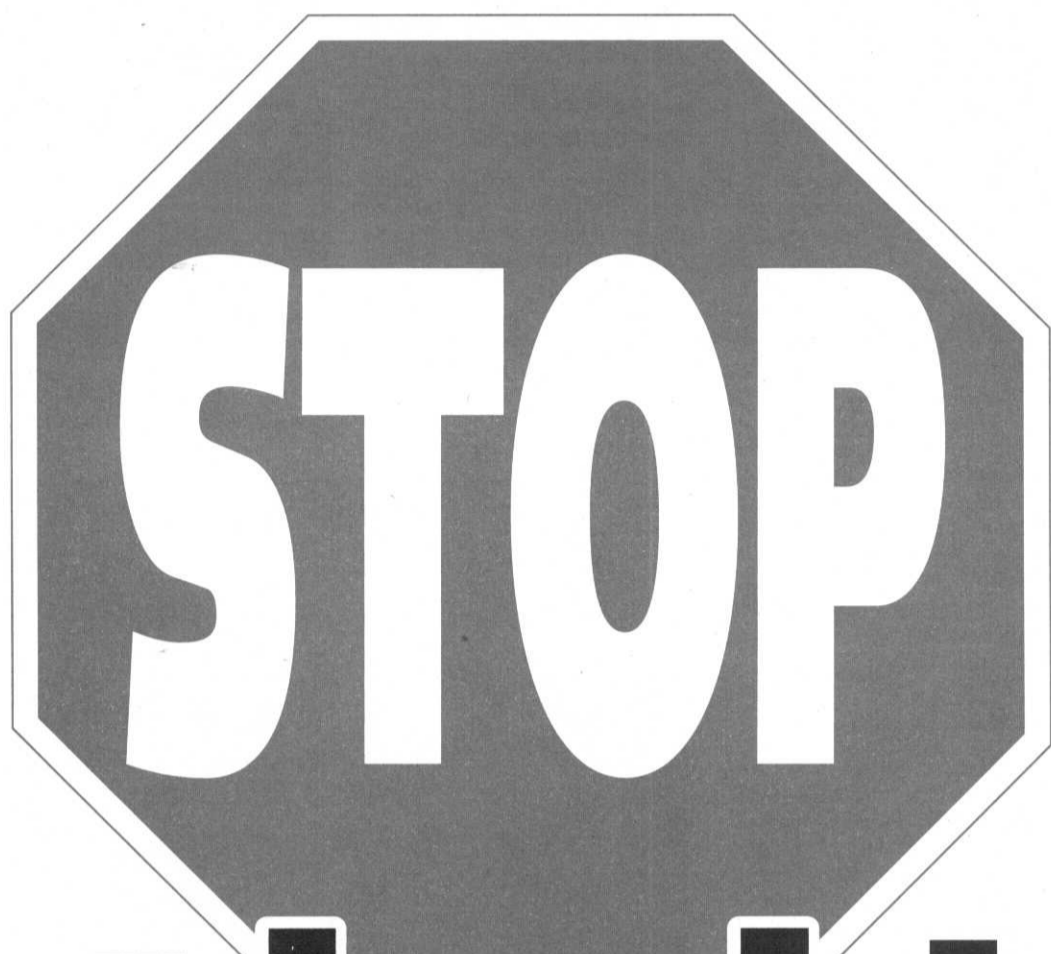
der Tarifverträge für das Reinigungspersonal.

Die Wirtschaftskrise kommt den Bankbossen gerade gelegen. Obwohl sie keineswegs Gewinneinbußen verzeichnen, schließen sie sich der Argumentation an, Kosten – vor allem Personalkosten – sparen zu müssen und können so ihre Erträge nochmals vergrößern.

In den nächsten ein, zwei oder drei Jahren ist damit zu rechnen, daß mehrere Tausend Bankangestellte entlassen werden. Dies hängt mit Umstrukturierungen zusammen, die seit Anfang 94 bei den Großbanken laufen. Die Arbeitsabläufe werden automatisiert, Schalterbereiche fallen weg und verschiedene Aufgabenbereiche werden zusammengefaßt. Weniger KollegInnen müssen mehr Arbeit erledigen.

Desweiteren wird das Produktangebot zusammengeknüpft, teilweise haben nur noch sogenannte „Vermögenskunden“ mit Einlagen ab einer bestimmten Höhe die Möglichkeit, bestimmte Angebote wahrzunehmen oder bestimmte Wertpapiere zu erwerben. Die Kundschaft wird in zwei Klassen gespalten. Die persönliche Beratung ist aus Zeitgründen kaum noch möglich.

Für Azubis gibt es immer weniger Chancen, übernommen zu werden. Trotz dieser Angriffe erklären die Arbeitgeber und Wirtschaftsinstitute, daß sie für 1994 enorme Steigerungen des Geschäftsvolumens sowie der Erträge erwarten.



Abschiebung!

Wiederum ist die Bundesregierung durch rassistische Politik mitverantwortlich für das Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit und faschistischen Übergriffen. Die Zielscheibe für Kohl, Kanther und Co. sind eine halbe Million in Deutschland lebender Kurden.

Angelika, ÖTV-Mitglied, Kassel

Die Bundesregierung setzt auch in Deutschland die Unterdrückung der Kurden fort. Genau wie in der Türkei wurden auch hier die Feiern zum

Autobahndemos gleich Terror?

kurdischen Neujahrsfest Newroz faktisch verboten. Wie in der Türkei gingen auch hier Polizei und Bundesgrenzschutz brutal gegen protestierende Kurden vor.

Die politische und kulturelle Organisation der Kurden wird unterbunden. Die Kurdische Arbeiterpartei PKK und 35 ihr angebliehe nahestehende Vereine wurden verboten. Nun soll abge-

schieben werden. Allein in Stadt und Kreis Kassel sind 600 KurdInnen von Abschiebung bedroht. Ihnen drohen in der Türkei politische Haft, Folter und Ermordung, das bestreitet nicht einmal die Bundesregierung ernsthaft.

Rechter Terror wird ignoriert

Die Rechtfertigung? „Der Terror dieser Gruppen hat eine neue Dimension erreicht.“, so Kohl. Welch

zynismus! Während zur gleichen Zeit in Bielefeld mehrere Menschen bei einem faschistischen Brandanschlag nur knapp dem Tod entgehen, türkische Geschäfte in Bremen brennen, beschimpft Kohl zwei Kurdinnen, die sich auf verzweifelter Protest durch Selbstverbrennung töteten, als Terroristen!

Seit wann sind Autobahnblockaden terroristische Akte? Es wird deutlich, daß es der Regierung nicht nur darum geht,

die türkische Regierung zu unterstützen. Die Hetzjagd auf die Kurden erfüllt innenpolitische Zwecke. Es werden neue Maßstäbe gesetzt, was das Demonstration- und Versammlungsrecht angeht. Welche Strafe erwartet demnächst gegen Arbeitsplatzabbau demonstrierende KollegInnen, die eine Autobahn besetzen, wie es Berg- und Stahlarbeiter bereits letztes Jahr getan haben?

Teile und herrsche

Bei Minderheiten fängt die Regierung an, doch es geht um die demokratischen Rechte aller. Mit der Kriminalisierung von Kurden schüren die Herren in den Regierungsetagen rassistische Stimmungen. Dabei werden sie wiederum von der Führung der SPD unterstützt, nachdem Scharping sein „Ja, aber ... im Zweifel aber auf jeden Fall!“ zu Abschiebungen gegeben hat. Das von einer großen SPD/CDU-Koalition regierte Baden-Württemberg hat die erste Abschiebung durchgeführt.

Die Nazis haben von den etablierten Parteien wieder einmal die besten Chancen für die Stärkung ihrer Positionen bekommen. Sie können mit den regierungsamtlichen Lügen vom

„Kurden-Terror“ oder den „PKK-Drogendealern“ ihr Süppchen vom „kriminellen Ausländer“ kochen. Das Vorgehen gegen die Kurden geht uns alle an, ob Deutsche oder AusländerInnen, ob KurdInnen oder TürkInnen, diese Politik des „Teile und herrsche“ ist gegen uns alle gerichtet.

Kohl und Kapital wollen ver-

hindern, daß wir gemeinsam gegen die sozialen Mißstände aufstehen, für die sie verantwortlich sind. Auf diese Spaltung dürfen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen nicht hereinfallen.

Wir kämpfen dafür, daß auch die Gewerkschaften gegen Abschiebungen aktiv werden. Wo kurdische KollegInnen arbeiten, müßten auch Streiks organisiert

werden. Auch in Schulen und Unis könnte in Form von Streiks praktische Solidarität geübt werden. Dazu bedarf es einer Aufklärungskampagne durch die Gewerkschaften. Der Hetze von Regierung und Medien über den „kurdischen Terrorismus“ müssen Fakten entgegengesetzt werden.

Die Sozialistische Alternative VORAN steht für:

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Gegen die Kriminalisierung von KurdInnen
- ★ Aufhebung des Verbots der PKK und aller anderen kurdischen Organisationen
- ★ Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes
- ★ Keine Einschränkung von Demonstrations- und Versammlungsrecht
- ★ Bleiberecht für alle Flüchtlinge
- ★ Für volle politische und rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen
- ★ Für den gemeinsamen Kampf von Deutschen und AusländerInnen für Wohnungen und Arbeitsplätze